



Von anderen rechtsgerichteten Blättern werden die unkonventionelle „Erregung“: Die konservative Partei ist bereit und gewillt, an der Reform des Wahlrechts, die auch für sie von Wichtigkeit erscheint, mitzuwirken. Sie kann nur wünschen, daß es gelingen möge, durch die Zusammenarbeit der gewählten bürgerlichen Parteien ein Mittel zu finden, um nicht die bisherigen Verhältnisse zu verbessern, wie bei radikalen Vorstößen der Regierung.

## Das neue Wahlrechts-Gesetz

bestimmt u. a.:

§ 1. Wahlberechtigt zum Haupte der Abgeordneten ist jeder Preuss, der die Staatsangehörigkeit seit wenigstens drei Jahren besitzt und das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat, in der preussischen Gemeinde, in der er seit einem Jahre seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. In Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke geteilt sind, tritt der Wahlberechtigte an die Stelle der Gemeinde.

Jeder Wähler darf nur an einem Orte wählen.

Für die zum Wählen berechtigten Personen, mit Ausnahme der Militärpersonen, ruht die Berechtigung zum Wählen.

§ 2. Bestimmt die Gründe für die Ausschließung vom Wahlrecht: Entmündigung, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Polizeiausschluß, Armenunterstützung, unter Konkurs gestelltes Vermögen.

§ 3. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 4 bis 8 regeln die Vorschriften über die Wählerlisten.

§ 9. Die Abgeordneten gehen aus unmittelbaren Wahlen hervor.

§ 10. Wahlort zum Abgeordneten in jeder Kreise der Provinz dreißig Lebensjahr vollendet hat, nicht gemäß § 2 vom Rechte zu wählen ausgeschlossen ist und seit wenigstens drei Jahren preussischer Staatsangehöriger ist.

§ 11 bis 12. In dem vom der Festlegung des Wahltages, der Ernennung des Wahlkommissars, der Wahlvorsteher und der Wahlvorstände.

§ 14. Die Wahlen erfolgen durch verdeckte Stimmzettel. Anwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl teilnehmen.

§ 15. Sind mehrere Abgeordnete zu wählen, so hat der Wähler auf dem Stimmzettel anzugeben, wen er für die erste, zweite oder dritte folgendes Abgeordnetenstelle wählt. Hat er dies unterlassen, so ist die Reihenfolge der Namen auf dem Stimmzettel maßgebend.

§ 16. Der Zutritt zum Wahllokale steht jedem Wahlberechtigten offen. Es dürfen jedoch daselbst außer den durch das Wahlgeschäft bedingten Beratungen und Beschlüssen des Wahlvorstandes keine Beratungen oder Anträge stattfinden oder Beschlüsse gefaßt werden. Der Wahlvorstand ist befugt, jede Person, welche die Ruhe oder Ordnung der Wahlhandlung stört, aus dem Wahllokale zu verweisen. Doch ist ihr zuvor Gelegenheit zur Abgabe ihrer Stimme zu geben.

§ 17 und 18 regeln weiterhin den Wahlgang.

§ 19. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte aller im Wahlbezirke für die Abgeordnetenstelle abgegebenen gültigen Stimmen (absolute Stimmenmehrheit) erhalten hat. Ergibt sich keine absolute Stimmenmehrheit, so findet zwischen denjenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl statt;

bei dieser Wahl ist jede Wahlstimme, welche auf einen anderen als den in der Wahl geliebten Kandidaten fällt, ungültig. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

§ 24. Die Wahlbezirke bestehen aus einem oder mehreren Städten oder Landkreisen. Größere Kreise können in mehrere Wahlbezirke geteilt werden.

Die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Verteilung der Abgeordneten auf die Wahlbezirke bleiben gemäß den geltenden gesetzlichen Vorschriften mit folgenden Aufgaben bestehen:

1. § 5 des Gesetzes über die Erweiterung der Stadtkreise Essen und Oberhausen und der zum Landkreise Essen gehörigen Städte vom 27. März 1915 wird aufgehoben.
2. Die in der Anlage verzeichneten Wahlbezirke erhalten einen weiteren Abgeordneten.
3. Beträgt die Zahl der auf eine Abgeordnetenstelle eines Wahlbezirks entfallenden Einwohner nach der letzten allgemeinen Volkszählung mehr als 250 000, so tritt bei der nächsten allgemeinen Wahl für jede weiteren angefallenen 250 000 Einwohner je ein neuer Abgeordneter hinzu.

Ist ferner erfolgt eine Aenderung in der Abgrenzung der Wahlbezirke oder in der Verteilung der Abgeordneten auf die Wahlbezirke durch Gesetz.

Im § 25 werden die Artikel 69, 70, 71, 72, 74 Abs. 1 und 11 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 aufgehoben.

§ 26. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung des Termins der nächsten allgemeinen Wahl durch den Minister des Innern in Kraft.

# Feldgraue und Vaterlandspartei

## Den Gründern der Danziger Ortsgruppe der „Vaterlandspartei“

schreibt Genosse Kadde, der sich als Kämpfer an der Westfront befindet, folgende sehr beachtenswerte Worte ins Stammbuch:

Nachdem die Friedensresolution des deutschen Reichstages all den Berechnungen und sehnlichsten Wünschen der Kriegspartei ein bestimmendes Maß entgegengesetzt, fand sich eine kleine Gruppe der „Unentwegten“ zusammen, welche versuchen wollte, mit einem wohlüberdachten, künstlichen Schachzuge ihre Gegner mit einemmal matt zu setzen. Man hatte sich auch nicht getraut, zumal wieder mit der alten leichtgläubigen Art des deutschen Volkes gerechnet wurde. So konnte also das Gange ausgearbeitet werden und durch viele schöne Reden die Bekanntheit recht schmackhaft gemacht werden. Was hierbei alles versprochen und gelobt wurde, überschreitet die menschliche Grenze. Es sollte eben mal wieder etwas anderes sein und deshalb stützten sich auch alle partei- und unparteiischen Zeitungen mit einem wahren Heißhunger in die neue Arbeit hinein und jeder weitab vom Schauplatz stehende Zeitungsheld entwickelte einen sogenannten Schlachtplan, um im ersten Ansturm alles übrige über den Haufen zu rennen. Die Sache glückte in einigen Vorkampfsgefechten und so wurde auch in Danzig kurzer Kriegserot gehalten und nach Einnahme mit dem Feinde ging man auch hier frisch zum Vorstoß über. Alle bekannte Persönlichkeiten traten als Heerführer auf den Plan und wollten die Masse des Volkes beglücken. Die stammenden und bei Kriegsausbruch von allerhöchster Stelle zündenden Worte: „Ich kenne keine Parteien mehr“ schienen nach drei Kriegsjahren ganz wertlos geworden zu sein und deshalb sieht man jetzt künstliche Stimmung zu machen, den Schluß dieses entsehrlichen Blutergießens noch mehr in die Länge zu ziehen; oder sollte man im Sog der sogenannten Ausschusses der Ortsgruppe etwa das Gegenteil erzielen wollen? In diesem Falle wäre es wirklich nett, wenn derartige Voraussetzungen gehegt werden würden. Bei diesem neugeborenen Kriegskinde hat zu allem auch noch der Danziger Oberbürgermeister die Patentkelle übernommen und dies Ereignis legte mich fast ganz außer Geheiß. Danzigs Oberbürgermeister an der Spitze dieser zweifachen Bewegung, wo gerade in Danzig das Hungertuch fast in jeder Wohnung zu finden ist und die städtische Verwaltung im Gegensatz zu anderen Städten am wenigsten für die ärmere Einwohnerklasse etwas übrig hat. Dieses ist eine feilstehende Leinwand und ich will all die Dinge während des Krieges nicht weiter erörtern, nur daran erinnern, daß es gerade der Danziger Weg, in dem wir uns befinden, welcher die schönsten Schmeicheleien hat zu hören bekommen. So ist es geradezu hochwichtig, wenn man jetzt noch überschwängliche Reden hält und eine Partei ins Leben rufen will, welche geeignet ist, den gerechten Urteilen des deutschen Volkes in keiner Weise hervorzurufen. Wenn mit hochschönenden Worten von dem starken Zustrom — auch Sozialdemokraten — gesprochen wird, so ist es eine bewusste Unwahrheit, welche der Deffenlichkeit aufgehaßt werden soll. Wo ist denn die große Masse des Volkes, welche den Siegeswillen — auch ohne die Vaterlandspartei — durchkämpfen will, zu finden? Vielleicht im „Danziger Hof“ oder in irgend einem anderen heiteren Zimmer. Hinein in die Schützengräben und da wird man die wirklichen Kämpfer für das Vaterland finden, welche aber diesem doppelzüngigen Treiben einer gewissen heutzutageigen Gesellschaft der Daheimgebliebenen in diesem Falle ihre Gefolgschaft verweigern würden, und sollte die Abrechnung auch erst nach dem Kriege kommen, aber daß sie kommt ist sicher, umso folgenreicher auch für die Beteiligten. Oder ist man der Ansicht, daß mit Trutz und Feder dieses Drama für Deutschland glücklich beendigt werden kann? In diesem Falle können ja dann Tausende brave Leute noch bezichtigt werden, bevor auch sie dem mörderischen Feuer noch zum Opfer fallen. — Was dem deutschen Volke in dieser schweren Zeit nicht wissen die Millionen Kämpfer ebenso, wie eine handvoll Kommerzienräte, Professoren und Oberbürgermeister und ja sollte man nicht noch neue Gedanken zwecks machenden, welche wirklich geeignet sind, den Mut, die Tapferkeit und Ausdauer der Feldgrauen zum Sinken zu bringen. Wenn die Vaterlandspartei als eine Notwendigkeit, als ein Akt erfreulicher Sammlung deutschen Empfindens nach dem Verlust der „Danziger Kreiszeitung“ begründet werden ist, dann ist es aber Sog und Trug, das Empfinden dem großen Teil des Volkes zu verheimlichen. Gewiß soll nicht gelagt werden, daß niemand etwas davon wissen will und eben deshalb hat man auch nötig gehabt, die große Verbotsmaßnahme erst in Bewegung zu setzen, um den Betrüger in Unmacht zu bringen. Nichts ist aber einfacher als in dieser mörderischen Zeit in einem oberen Saal zu sitzen, um Eroberungspläne zu schmieden zu helfen und die Kämpfer abzuwandeln Redensarten — wie das

halten, Ausscharen usw. — zuzurufen. Mit dieser menschlichen Denkungs- und Empfindungsart soll man uns verschonen. — Die Entwicklungsgeschichte aller Bewegungen in den letzten Jahrzehnten hat aber auch gezeigt, wie derartige Bewegungen sehr schnell wieder im Sande verlaufen. Um aber eine augenblickliche Welle des Volksempfindens künstlich hervorzurufen, welche den dauernden gefunden Kern in sich vermissen läßt, bedarf es in dieser schweren Zeit gerade nicht und zehnmal mühte es sich in jeder zuvor überlegen, ob er den politischen Parkettboden betreten will. Den Gründern dieser Ortsgruppe sollte es doch auch zur Genüge bekannt sein, was wirklich dem deutschen Volke nützt. Überall nur ein stumpfes Hinbrüten und gleichgültiges Empfinden. So sollte man doch wenigstens schon hierin bemüht sein, diesen tatsächlichen Stand der Dinge beizugehen zu ändern. Aber auch der wirklichen Stimmung aller der Millionen tapferer Kämpfer sollte man etwas mehr Verständnis und Entgegenkommen zeigen, indem man bemüht ist, den baldigen Schluß dieses Dramas zu beenden. Da nützen auch all die vorübergehenden hohen Besuche nichts, welche ja nur den sogenannten Paradezwecken dienen und an der eigentlichen Stimmung der Feldgrauen nichts ändern. Künstliche Hurraustimmung hervorzuzaubern, soll nicht gut sein, zumal in solch einer bewegten Zeit. — Der eigentliche Zweck dieser neuen Vaterlandsbewegung ist doch durchsichtig genug für jeden, der noch etwas nachdenken kann; zumal für viele Hurraustimmung der Krieg nicht lange genug dauern kann. Es ist auch garnicht lange her, wo im deutschen Reichstage ein konservativer Abgeordneter, welcher in letzter Zeit wieder viel von sich reden macht, erklärte: „Da, wo der deutsche Soldat steht, das Land soll auch deutsch werden.“ Daß aber solche Worte mit ihren Anschauungen nicht beizugehen in eine Nervenklinik gebracht werden, kann nur bedauert werden. Und von dieser Sorte Volksbeglückung gibt es augenblicklich eine große Menge. Es herrscht eben in

diesen Kreisen eine ganz besondere Eroberungslust und dabei ist tausendmal von hoher Stelle erklärt worden, daß Deutschland nur einen Verteidigungskrieg führt. Hat folgedessen die Reichstagsmehrheit diese Erklärungen zur Grundlage gemacht und einen dementsprechenden Entschluß gefaßt, so ist diese auch das wirkliche Empfinden des deutschen Volkes und es bedarf also wahrlich nicht einer Kristallisierung der Anschauungen; ebenfalls ist das Sturmlaufen gegen den Reichstagsbeschuß unfinnig, zumal der Krieg noch nicht beendet ist und das Wahrgenahmte unter nicht gut sein soll. Vielleicht unterzieht man sich mal der Mühe und befragt all die Millionen tapferer Männer über „Weiterkämpfen oder annehmbaren Frieden“, da würde die Antwort den sich jetzt amüßenden Volksbeglückern gerade nicht besonders schmeichelhaft ins Ohr klingen und so manch ein Professor, Kommerzienrat und Oberbürgermeister würde in seiner stillen Klausel darüber nachdenken können, wie schnell die politische Laufbahn zusammenbricht. So soll man also vorsichtig sein, mit allzu großem Eifer ein Werbetrommel in Bewegung zu setzen, welche nicht geeignet ist, den tiefer in den Schmutz gefahrenen Karren wieder herauszubringen. Ausgekämpft wird und muß der Kampf werden, ein jeder Kämpfer ist sich auch bewußt, was auf dem Spiele steht und der Gedanke an seine Lieben wird ihm auch die Kraft verleihen, ein solches Ende herbeizuführen, mit dem ein jeder Deutsche zufrieden sein kann und wird, auch ohne die Vaterlandspartei. Daß der Friedensgedanke marschiert, ist klar und daß all die Kämpfer einen ehrenvollen Abschluß für Deutschland erringen wollen, steht ebenfalls fest, deshalb hinweg mit all dem Blendwerk und überflüssigen Kram. Kein Tausendgebilde mahrführen, sondern klaren Sinn behalten und geradeaus mitgehen. Möge also Danzigs Einwohnerschaft sich deshalb ihren gesunden Verstand bewahren und festes Vertrauen auf Deutschlands heldgrauen Söhne und Väter haben. Das ist die Ansicht eines Danzigers von der Westfront.

## Kriegsnachrichten

### Der große Durchbruchversuch der Engländer

auf Cambrai scheiterte unter gewaltigen Verlusten.

Am ersten Tage, dem 20. November, hofften sie nach stärkster, aber kürzerer Artillerievorbereitung wie sonst, unter rücksichtslosem Aufopferung durch Heberauschlag hier den Durchbruch zu erzielen, der ihnen innerhalb des ganzen Jahres trotz der ungeheuren Kriessopfer in Flandern verweigert blieb. In diesem Tage war ihnen nur der übliche, fast immer mit mathematischer Sicherheit eintretende Anfangserfolg beschieden. Am 21. November legten sie erneut mehr als sechs Infanterie-Divisionen und drei Kavallerie-Divisionen ein, um diesen Anfangserfolg strategisch zu erweitern. Wiederrum trieb der englische Führer frische hunderttausend Mann gegen unsere Stellungen vor. Um 11 Uhr vormittag begannen seine neuen Angriffe, die von überaus zahlreichen starken Lanzgeschwadern unterstützt wurden. Unsere Artillerie und Maschinengewehre rissen immer wieder breite blutige Lücken in die feindlichen Angriffsmassen, die aufeinander zu Boden sanken, jedoch aus harten Reflektoren stets rückwärts aufgestellt wurden. Den so unzerstörbaren Opfern langsam Boden gewinnenden Feind traf jedoch der mächtige Gegenstoß unserer Infanterie. In erhöhtem Maße wurde der Feind auf Sanson und Fontaine zurückgeworfen. Seine Tanks, von unseren Fliegerbomben und der Artillerie getroffen, trachten berittend zusammen und blieben, auf der ganz a Front verstreut, verunglückungsfähig liegen, während die Bedienung bei den Explosionen verkohlte.

Die in vorerster Hoffnung zahlreich eingeschickte Kavallerie wurde zum größten Teil in unserem Feuer vernichtet. Westlich Cambrai wurde eine englische Kavalleriebrigade gänzlich zusammengebrochen. Einige dieser blutigen Verluste und angesichts der Ausbleiblichkeit seiner Gefolgschaften widerholte der Feind bisher ohne Anstöße nicht. Die Nacht verlief auf dem Kampffeld im allgemeinen ruhig. Der englische Traum, hier einen strategischen Heberauschlag durchzuführen zu können, ist bereits nach zwei Tagen ebenso glänzend gescheitert, wie die vielmonatlichen Durchbruchversuche in Flandern. Vergessen wurden die Engländer bei Cambrai die Entschädigung. Sie setzten nur die Kriessopfer dieses Jahres um viele Tausende.

### In vier Monaten fast 400 000 Gefangene

Zu dem ungeheuren Gebirgsberg von über 45 550 Quadratkilometern, die die Verbündeten in vier kurzen Monaten von Mitte Juli bis Mitte November erobert haben, treten noch die gewaltigen Zahlen an Gefangenen und Geschütze, die allein die größeren Operationen dieser Zeitpanne einbrachten. Vom 19. Juli bis Mitte November wurden rund 390 500 Gefangene gemacht und mehr als 3200 Geschütze erobert. Nicht mitgerechnet sind hierbei die größeren und kleineren Zahlen an Gefangenen, die in den dauernden Kämpfen an allen Fronten fast täglich erbeutet wurden. Das während dieser Zeit außerdem erbeutete Material an Maschinengewehren, Mineurferm und sonstigen Kriegswaffen ist schwerlich näher annähernd zu übersehen. Die letzten Verluste der Engländer, Franzosen, Italiener und

Russen während dieser Monate sind entsprechend hoch. Vor allem haben die Kanadier und Engländer während ihrer 14 Schlachten um die U-Boot-Basis in Flandern unerhörte blutige Verluste erlitten, die sich durch die fast täglichen ergebnislosen Teilangriffe noch erhöhen.

### Insgesamt 12 1/2 Millionen U-Tonnen

Berlin, 23. November. Als nichtamtlicher Zusatz zu der Meldung über die U-Bootserfolge im Oktober.

Mit den im Oktober versenkten 672 000 Brutto-Register-Tonnen übersteigt die Zahl des seit Kriegsbeginn vernichteten feindlichen und im Feindesdienst tätigen neutralen Handelschiffesraumes 12,6 Millionen Brutto-Register-Tonnen. Hiervon entfallen mehr als 6,7 Millionen Brutto-Register-Tonnen auf die ersten neun Monate des eingeschränkten U-Bootkrieges. Man kann sich einen Begriff von der Größe des vernichteten Schiffesraumes machen, wenn man den Schiffesraum der Welt, Segler und Dampfer zusammen betrachtet, bei dem Kriegsausbruch sich auf 42,08 Millionen Brutto-Register-Tonnen beziffert. Heute ruht also ein reichliches Viertel desselben auf dem Meeresgrunde. Zum Ausgleich dieser Verluste stehen der Gegnern nur Neubauten und von den Neutralen in ihre Dienste geprüfter Schiffesraum zur Verfügung. Was die Neubauten anbetrifft, war es dem Feinde bisher nicht möglich, die gewaltigen Verluste auch nur annähernd auszugleichen und alle Hoffnungen, die sie auf die amerikanischen Schiffesneubauten setzen, werden ebenfalls keineswegs nur im entferntesten hinreichenden Ausmaß erfüllt. Diese Ansicht spiegelt sich in der feindlichen Presse fast täglich wieder. Besonders die Schiffahrtsblätter brachten in der Mitte des Oktober Bemerkungen, daß sich über die Schiffesneubauten auffälliges Schweigen zeige, und daß die Erwartungen auf die Hilfe der amerikanischen Schiffeswerften sich nicht verwirklichen. Was die Vermehrung durch die Erprobungen Neutralen anbetrifft, so läßt sich diese Schraube auch nur bis zu einem gewissen Punkte anspannen, der, wenn auch nicht ganz erreicht, keine neuwertige Steigerung mehr erhoffen läßt. Auch das neutrale Ausland hat im Laufe des Oktober diese Latscher als richtig einer Reihe von Betrachtungen zu Grunde gelegt. Auch die Bewertung unserer und der feindlichen Angaben über die Erfolge des Unterseehandelskrieges wird in einer holländischen Zeitung darüber beurteilt, daß die deutschen Angaben über die Erfolge sehr wahrscheinlich richtig, die Angaben der Gegenpartei aber bestimmt falsch und irreführend sind.

Es steht außer allem Zweifel, daß der planmäßig fortgesetzte U-Bootkrieg die Schiffe schneller vernichtet, als unsere Feinde sie mit dem großen Kraftaufgebot zu bauen vermögen.

Lezt Euren Liebesgaben gute Bücher bei!  
Unsere Soldaten brauchen draussen auch geistige Anregung!

Erfolgreiche Lohnbewegung bei Schichau in Danzig

In einer Messenversammlung am 24. November nahm die Arbeiterschaft der Firma F. Schichau, Seelischwerft in Danzig, zu dem Schlichtungsamt des Schlichtungsausschusses in Danzig in Sachen der Lohnstreitigkeiten Stellung. Alle nur verfügbaren Räume des Schmidtschen Lokals waren überfüllt und noch der Strohbanden diente zur Aufnahme eines Teiles der Versammelten.

Kollege Arczynski, vom Metallarbeiterverband, berichtete über den Verlauf der Bewegung und den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss.

Bereits im September beschloß eine Betriebsversammlung die Surechtung der Forderungen, die hier der Vollständigkeit wegen genannt seien:

- 1. Umrechnung aller bisherigen Wochenlöhne in Stundenlöhne, mit einem Aufschlag von 20 Pf. pro Stunde. Der hiernach sich ergebende Stundenlohn ist jedem Arbeiter auf den Lohnzetteln zu vermerken.
2. Regulierung der Akkordpreise in der Weise, daß ein Arbeiter von durchschnittlicher Leistungsfähigkeit mindestens 1,20 Mk. pro Stunde verdient. Bei Stückakkord ist sämtlichen am Akkord beteiligten Arbeitern der vereinbarte Akkordlohn bei Beginn der Arbeit durch Akkordzettel bekannt zu geben.
3. Die Löhne der dauernd in Stundenlohn beschäftigten Arbeiter sind so zu erhöhen, daß sie mindestens 90 Prozent des Akkordverdienstes der gleichen Branche betragen.
4. Die gegenwärtig gewährte Teuerungszulage ist allen Arbeitern mit Einschluß der zur Arbeit Abkommandierten bzw. Beurlaubten, deren Familien außerhalb Danzigs wohnen, in derselben Höhe zu zahlen, in welcher sie den Einheimischen gezahlt wird. Die Familienzulage von 2 Mk. pro Tag ist allen Beurlaubten oder Abkommandierten mit doppeltem Haushalt weiter zu zahlen.

Da bei der Firma ein Arbeiterausschuss nach dem Hilfsdienstgesetz noch nicht besteht, so wurde am 12. September in einer öffentlichen Betriebsversammlung eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt, welche mit der Firma in dieser Angelegenheit verhandeln sollte. Die Firma Schichau hat aber nach altherwürdigem Brauch abgelehnt, mit den Beauftragten der Belegschaft zu verhandeln, weil nach ihrer Meinung der Vorstand der Betriebskrankenkasse, der im Jahre 1913, nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, gewählt wurde, der Arbeiterausschuss sei. Nach Verfügung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 22. Januar 1917 ist dies jedoch nur dann der Fall, wenn der Belegschaft sowohl als auch dem Vorstande der Betriebskrankenkasse vor dem 6. Dezember 1916 durch Anschlag bekanntgemacht worden ist, daß der Krankenkassenvorstand Arbeiterausschuss im Sinne des Hilfsdienstgesetzes sein soll. Beides ist bei der Firma Schichau in Danzig nicht geschehen, mithin besteht ein Arbeiterausschuss, wie ihn das Hilfsdienstgesetz vorsieht, nicht. Auf Anruf des Schlichtungsausschusses in Danzig ist am 23. September 1917 folgende Antwort eingegangen:

Die von Ihnen und 4 weiteren Arbeitern der Firma Schichau unter dem 13. d. Mts. eingereichte Eingabe betr. Lohnstreitigkeiten wird hiermit den Einsendern zurückgegeben mit dem Bemerkten, daß nach den von der Krankenkasse angefertigten Ermittlungen die sogenannte „Lohnkommission“, deren Mitglieder die Unterzeichner der Eingabe sind, nicht zur Vertretung der Arbeiterschaft der Firma F. Schichau berechtigt ist. Vielmehr ist der Vorstand der Krankenkasse als zum zuständigen Arbeiterausschuss bestellt anzusehen, da er nach dem Gutachten der Kgl. Gewerbeinspektion dauernd bei Lohnstreitigkeiten von den Arbeitern als Sprachrohr gegenüber dem Arbeitgeber benutzt und von ihnen ausdrücklich als ständiger Arbeiterausschuss für die Firma

Schichau nach § 184 ff. der Gewerbeordnung bestand, erübrigt sich die Errichtung eines Arbeiterausschusses gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend den wasserländischen Hilfsdienst vom 5. 12. 16.

Also nur der Krankenkassenvorstand als ständiger Arbeiterausschuss ist betugelt, mit dem Arbeitgeber wegen der Lohnstreitigkeiten zu unterhandeln und, falls dies zu keinem Resultat führen sollte, sich gemäß § 185 H. D. G. an den Schlichtungsausschuss als die zuständige Schlichtungsstelle zu wenden.

Nach dieser Entscheidung blieb der vielgeprüften Arbeiterschaft kein anderer Weg übrig, als diese Angelegenheit dem Vorstände der Betriebskrankenkasse zu übertragen, wenn man überhaupt mit der Firma verhandeln wollte. Inzueinander und widerwillig benutzten die Vertrauensleute am 28. September den Krankenkassenvorstand, in dieser Sache mit der Direktion zu verhandeln. Am 29. September reichte dieser seinerseits die schon erwähnten Forderungen ein. Auf irgendwelche Verhandlungen hierüber ließ sich die Direktion nicht ein. Sie erklärte vielmehr, daß sie die Verhandlungen auf den Nordseeschiffswerften abwarten und nach deren Ergebnis zu dem Eingereichten Stellung nehmen wolle. Darauf wurden durch die Arbeitervertreter Beschwerden beim Regierungspräsidenten und dem Kriegsamt in Berlin, wegen Errichtung eines Arbeiterausschusses erhoben.

Am 23. Oktober fanden endlich die ersten Verhandlungen des Vorstandes der Betriebskrankenkasse mit der Direktion statt.

Herr Direktor Carlson erklärte: „... es sei ihm nicht möglich die ihm am 29. September vom Ausschuss (Krankenkassenvorstand) unterbreiteten Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Er sei jedoch bereit, noch eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage eintreten zu lassen und zwar vom 18. Oktober ab pro Löhnung (Lohnperiode 14 Tage):

- a) Für verheiratete einheimische Arbeiter 25,- Mk., seither 20,- Mk., vom 1. 1. 18 26,50 Mk. Außerdem für jedes Kind wie bisher 4,- Mk.
b) Militärrückkehrer, wenn bereits die Familienzulage erhalten, 20,- Mk., seither 15,- Mk., vom 1. 1. 18 21,- Mk.
c) Unverheiratete Arbeiter über 18 Jahre 19,- Mk., seither 15,- Mk., vom 1. 1. 18 20,- Mk.
d) Lehrlinge, jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren 10,- Mk., seither 8,- Mk., vom 1. 1. 18 11,- Mk.
e) Arbeiterinnen über 18 Jahre 11,- Mk., seither 9,- Mk., vom 1. 1. 18 12,- Mk.
f) Arbeiterinnen unter 18 Jahre 8,- Mk., seither 6,- Mk., vom 1. 1. 18 9,- Mk.

Es sind dies dieselben Sätze, mit denen sich auch die Elbinger Arbeiterschaft vor dem Schlichtungsausschuss einverstanden erklärt hat; alle anderen Forderungen sind fallen gelassen.“ (In Elbing, der Berichterst.)

Mit diesem Ergebnis befaßte sich eine Betriebsversammlung am 28. Oktober im Lokale von Steppuhn, in welcher der Vorstand der Krankenkasse berichtete. Alle Redner gaben ihrer Entrüstung Ausdruck über die Art der Behandlung, der aus der Not der Zeit geborenen Arbeiterwünsche durch Herrn Carlson. Besonders aber, daß die Firma es nicht für nötig erachtete auf der Grundlage der Eingabe zu verhandeln. Kollege Rohlfach, vom Metallarbeiter-Verband, unterzog die Verdienste bei Schichau einer Kritik und stellte fest, daß der Jahresverdienst der Hamburger Werkarbeiter seit Kriegsbeginn um 1100 Mk., von 1800 Mk. auf 2900 Mk. bis April 1917, gestiegen ist, während der Jahresverdienst der Schichauarbeiter nur um 584 Mk. von 1680 Mk.

vor dem Kriege auf 2264 Mk. am 1. April 1917 erhöht wurde. Die Arbeiter wollen durchhalten, aber die Unternehmer sollen es ihnen ermöglichen. Kollege Porra, vom Gewerbeverein (S. D.), konnte berichten, daß die Arbeiterschaft der selben Firma in Elbing jetzt schon bedauere, sich auf die Teuerungszulagen eingelassen zu haben. Denn die Firma geht dazu über, die Akkordpreise zu reduzieren, so daß sie nicht nur die bewilligte Teuerungszulage bei dem Geschäft wieder herausholt, sondern wohl noch ein Mehr dazu erzielt. Das Ergebnis dieser Versammlung war folgende Entscheidung:

Die am Sonntag den 28. Oktober im Lokale Karthäuserstraße 27 tagende, überfüllte, öffentliche Betriebsversammlung der Arbeiterschaft der Firma F. Schichau, nimmt Kenntnis von den Verhandlungen des Vorstandes der Betriebskrankenkasse über die Lohnangelegenheit vom 29. September und gibt ihrem Befremden Ausdruck über die geringen Zugeständnisse, die mit der herrschenden Teuerung nicht im Mindesten in Einklang zu bringen sind. Besonders aber, daß die Lohnangelegenheit nicht als Grundlage der Verhandlungen durch die Firma betrachtet wurde. Die Versammlung beauftragt daher den Krankenkassenvorstand, unverzüglich den Schlichtungsausschuss in Danzig zur Entscheidung in diesen Lohnstreitigkeiten, wie sie auf Grund der Lohnangelegenheit vom 29. September entstanden sind, anzurufen.“

Am 31. Oktober rief der Krankenkassenvorstand in derselben Angelegenheit den Schlichtungsausschuss an und übertrug die Vertretung den Gewerkschaftssekretären Arczynski und Rohlfach vom Metallarbeiter-Verband, Krüger vom Holzarbeiter-Verband, Kabe vom Kupferschmiede-Verband, Galkowski vom christlichen Verband und Porra vom Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein.

Zu den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss am 9. November waren nicht die Vertreter, sondern der Vorstand der Betriebskrankenkasse, der als Arbeiterausschuss angesehen wurde, geladen. Als Vertreter der Belegschaft und Beauftragte des Krankenkassenvorstandes waren trotzdem erschienen die Gewerkschaftssekretäre Arczynski, Metallarbeiter, Kabe, Kupferschmied, Jacobst, Maler und Galkowski von den christlichen Gewerkschaften.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses ließ jedoch diese Vertreter nicht zu, erklärte vielmehr, mit dem Arbeiterausschuss (Krankenkassenvorstand) als mit der richtigen Arbeitervertretung zu tun zu haben. Einer der Vertreter könne aber in der Sitzung erscheinen. Die Vertreter und der Krankenkassenvorstand verlangten dann die in Danzig ansässigen Gewerkschaftssekretäre zuzulassen. Nachdem auch dieses Verlangen abgelehnt wurde, erklärten die Vertreter sowohl, als auch der Krankenkassenvorstand, das erstere an den Verhandlungen teilzunehmen.

Da der Vertreter der Firma keine andere Vollmacht hatte, als die, nur die bereits erwähnte Teuerungszulage zu gewährleisten, mußten die Verhandlungen vertagt werden.

Zu dieser Sachlage nahm die Belegschaft in einer Massenversammlung am 10. November Stellung und faßte folgende Entscheidung:

Die am 10. November im Lokale von Schmidts, Schichaustraße 6, tagende, überfüllte, Betriebsversammlung der Belegschaft der Firma F. Schichau, nimmt Kenntnis von den resultierenden Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss in Sachen der Lohnstreitigkeiten und erklärt zu wiederholtem Male, daß sie den Vorstand der Betriebskrankenkasse als Arbeiterausschuss nach dem Hilfsdienstgesetz nicht betrachtet und infolgedessen die Gewerkschaftssekretäre Arczynski, Krüger und Galkowski nur der Vertretung vor dem Schlichtungsausschuss beauftragt.“

Bermischtes

Die Welt Herrschaft der Professoren. In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir: Die pessimistische Anschauung jenes alten Schweden, daß die Welt nicht ohne, mit wie wenig Weisheit sie regiert werde, soll nach unverblühten Umfragen im Laufe der letzten drei Jahre einige hundert Millionen Anhänger mehr erhalten haben. Endlich aber scheint das anders zu werden. Kaum haben die Italiener den früheren Universitätsprofessor für Recht Orlando zum Ministerpräsidenten und den Neapeler Professor für Nationalökonomie Ritti zum einflussreichen Kabinettsmitglied erhalten, da wird zum ersten Male in Deutschland ein Professor, und zwar der Philosophie, der frühere Münchener Ordinarius Hertling Reichskanzler. Allerdings ist das darum nicht ganz genau, weil auch Dr. Michaelis einige Zeit Dozent für deutsches Recht in Tokio war und der Vizekanzler Dr. Helfferich seine reichsbewegliche Laufbahn als Privatdozent für Volkswirtschaftslehre in Berlin begann. Bei beiden aber handelte es sich nur um vorübergehende Beschäftigungen im Nebenamt. Frankreich ist uns mit gutem Beispiel schon vor einiger Zeit vorausgegangen, indem es sich den Mathematikprofessor Painlevé als Premier erkor. Nicht zu vergessen aber sind die Vereinten Staaten, die schon 1912 den Geschichtsprofessor Wilson von Princeton zum Präsidenten wählten. Das revolutionäre Rußland war zunächst auch nach diesem Rezept verfahren, indem es keine Auslandspolitik Prof. Wiliusow anvertraute, bis dieser dem Sozialisten zu inperialistisch wurde. Es ist wohl kein Zufall, daß in England bisher kein Professor in den Vordergrund trat. Dort haben die Advokaten das Wort. Asquith gehörte ebenso diesem Stande an wie sein Nachfolger Lloyd George.

Das Kleid der arbeitenden Frau. Es ist oft qualvoll mitanzusehen, wie sich Frauen, die heute Männerarbeit verrichten, abmühen, die Erfordernisse ihrer Tätigkeit gegen die Hemmungen der herkömmlichen Frauentracht durchzusetzen. Ganz abgesehen davon, daß der wallende Rock beim Schreiten und bei schwingenden Bewegungen außerordentlich zum raschen Ermüden beiträgt und die üblichen Verwickelungen jede ausholende Arbeitbewegung hemmen, die Gefahr dieser Art Kleidung bei maschinellen Betrieben ist ja nur zu bekannt. Räderwerk und Transmissionen haben gar oft schon solche ungewöh-

mäßige Kleidung erfaßt und dadurch Leben und die Gesundheit von Arbeiterinnen gefährdet und zerstört. Es ist daher eine zeitgemäße Aufgabe, die sich ein Kleines in der Braunschweiger Hofbuchdruckerei in Karlsruhe erschienenen Heft „Das Kleid der arbeitenden Frau“ stellt, indem es Anregungen zu neuen Typen von Berufskleidern aller Art zusammenstellt und gleichzeitig durch sachgemäße Hinweise auf Schnittweise, Stoffverbrauch usw. praktische Anleitung zu ihrer Verwendung gibt. Den verschiedenartigen, unendlich vielfältigen Anforderungen der Industrie ist bei weitem nicht genügend Rechnung getragen, wenn auch anerkannt werden muß, daß die vorgeschlagene Grundform wohl für eine Reihe von industriellen Tätigkeiten beibehalten und entsprechend variiert werden kann. — Ein hygienisch sehr wichtiges Kapitel, der Schutz der Haare, bedarf unserer Meinung nach weitergehender Berücksichtigung, die angelegentlichsten Ergänzungsanforderungen werden hoffentlich auch hier brauchbare Vorschläge bringen. Denn ebenso wenig kann die von der Männeruniform ohne weiteres übernommene Dienstmütze der Schaffnerinnen usw. wie das übliche Kopftuch der Arbeiterinnen als endgültig befriedigende Lösung angesehen werden.

All diesen Anregungen ist in erster Linie zu wünschen, daß sie eifrig von Betriebsleitungen, von Bahn- und Postverwaltungen und dergleichen studiert werden, die daraus ihre Verpflichtung erkennen sollten, den arbeitenden Frauen die hygienisch zweckmäßigste und der Arbeit zuträglichste Kleidung zur Verfügung zu stellen. Den Arbeiterinnen wird bei Durchsicht des Buches sicher noch manche wertvolle Anregung einfallen, und den Fabrikpflegerinnen erwächst hier die dankbare Aufgabe, die Anregungen zu prüfen und auszuführen.

5600 Kronen in den Stiefeln. Ein Vergehen gegen die Devisenverordnung führte den Händler David Wäber vor das Schöffengericht Berlin-Mitte. Der Angeklagte, der sich auf einer Reise nach Oesterreich befand, wurde in Oesterberg vor dem Uebertritt über die Grenze in der üblichen Weise von den Beamten gefraßt, ob er größere Summen Geldes bei sich führe. Er verneinte die Frage; die körperliche Durchsuchung ergab aber, daß er 5000 Kronen in seinem rechten und 600 Mark in seinem linken Stiefel verborgen hatte. Dieses Verhalten hatte für ihn sehr unangenehme Folgen; er verriet zunächst in den Verdacht der Spionage. Wenn sich auch bald ergab, daß er kein Spion war, so wurde er doch angefaßt, das

österreichische Geld nicht an den vom Reichskanzler zugelassenen sogenannten Devisenstellen erworben zu haben, um die Kronen später vorteilhafter in Oesterreich verkaufen zu können. Vor Gericht suchte der Angeklagte zu behaupten, daß er das Geld nicht für verbotene Valutageschäfte, sondern für das Veräußern seines in Galizien gefallenen Sohnes und für ein Denkmal bestimmt hätte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 300 Mk. Geldstrafe und erkannte auch auf Einziehung der 5600 Kronen.

Vom Jammer der uralten Mutter. Vor dem Schwurgericht in Verden stand die galtische Dienstmagd Josefa Darow. Die Angeklagte hatte den Lockungen eines Dienstknechtes, der mit ihr auf dem Hofe eines Hofbesizers in Lohr (Kreis Nienburg) beschämit gewesen war, nicht widerstanden. Eines Tages gelang sie ihrem Dienstherrn ihren Zustand und fragte untertäufelt, ob sie nach der Geburt wiederkommen könne, da sie doch in Deutschland allein stände und ihre Eltern wendisch kaum noch am Leben seien, da zweitmal über ihr Heimatsdorf die Krienskurie hinweggefahren sei. Fürchterlich sollte für die Kolaxzeit die Antwort des Hofbesizers werden: „Ja, du kannst wiederkommen, aber nicht mit dem Kinde!“ In Hannover in einem Entbindungshaus lebte sie einem Kinde das Leben. 35 Mk. kostete die Geburt dort und 36,22 Mk. besah sie an barem Gelde, wie sie Lohr verließ. Nach fünf Wochen war die Zeit gekommen, daß sie mit ihrem Kinde sich andere Unterkunft suchen mußte. Mit 1,22 Mk. konnte sie nach gerade wieder Nienburg erreichen. Ihr Kinde auf dem Arme gina sie wieder am Lohr. Aber sie durfte das Kleine doch nicht mitbringen, obwohl man ihre Arbeit gern wieder sah. Auf einmaliger Landstrafe gewahrte sie einen Brunnen. Längere Zeit stand sie davor, dann gab sie dem Kinde noch einmal die Brust, küßte es zum Lebkümmel und ließ es in den Brunnen fallen. In Lohr erzählte sie, daß das Kinde noch atmeten sei. Nach einer öffentlichen Verteidigungsrede des Rechtsanwalts Hagemann (Verden) waren sich die Geschworenen zur Beratung zurück, aber nur wenige Minuten später wurde das Urteil gesprochen. Sie halten die Säuglingsfrau wegen Unzurechnungsfähigkeit des Mädchens in dem Augenblicke, wo die grauenhafte Tat begangen wurde, verurteilt! Die Angeklagte wurde freigesprochen und sofort aus der Unterhuchungshaft entlassen.

... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Außer diesen beiden waren geladen und erschienen  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Gegen diese Forderungen der Firma resp. ihrer Ver...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Vor Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen versuchte  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Auf Befragen, erklärten die Arbeitervertreter sich bereit,  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Der Schlichtungsausschuss fällt nach 2 1/2 stündiger Be...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

1. Alle bisherigen Wochenlöhne sind in Stundenlöhne umzu...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

2. Sämtlichen Arbeiter ist eine Zulage von 10 Pf. für die...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Zusätzlich ist für doppelten Wohnlohn die Familienzulage  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Berechnung der Wochenlöhne in Stundenlöhne hat  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Berichterstatter Arczynski empfahl der Vertretung  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Arbeiterlöhne früher	101,1	jetzt	116,1
Arbeiterlöhne heute	51,8	jetzt	97,1
Wohnlöhne	72,1	jetzt	87,1
Wohnlöhne früher	51,1	jetzt	56,1
Wohnlöhne heute	56,5	jetzt	101,6
Wohnlöhne	81,8	jetzt	96,8

Als eine weitere Errungenschaft in dem unergieblichen  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

In der letzten Aussprache wurde allseitig be...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die am 24. 11. 17 im Lokale von Schmidt's tagende,  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Mit dem Schiedspruch hat die Arbeiterbewegung ihr Ende  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Nur der verdient die Freiheit und das Leben,  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Und das kann nur durch kampferprobte starke Arbeiterorgani...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

## Danziger Nachrichten

### 30 000 neue Abonnenten

hat der „Vorwärts“ im Zeitraum von drei Monaten ge...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Diese hoch erfreuliche Entwicklung macht sich auch bei un...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

### Wilhelm-Theater.

„Der Hias“, Wilhelm-Theater-Danzig. Auf seinem  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Das Spiel, das von bayerischen Feldgrauen unter Mitwirkung  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Das Spiel, das von bayerischen Feldgrauen unter Mitwirkung  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Das Spiel, das von bayerischen Feldgrauen unter Mitwirkung  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Das Spiel, das von bayerischen Feldgrauen unter Mitwirkung  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

### J. Dines Globus-Theater.

Mit Sonnabend, dem 1. Dezember, tritt in Dines  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Mit Sonnabend, dem 1. Dezember, tritt in Dines  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Mit Sonnabend, dem 1. Dezember, tritt in Dines  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

### Der Große Arbeiterauschuss

tagte am Montag im Rathhaus. Stadtrat Dr. Grünspan  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

tagte am Montag im Rathhaus. Stadtrat Dr. Grünspan  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

tagte am Montag im Rathhaus. Stadtrat Dr. Grünspan  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

tagte am Montag im Rathhaus. Stadtrat Dr. Grünspan  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

tagte am Montag im Rathhaus. Stadtrat Dr. Grünspan  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

tagte am Montag im Rathhaus. Stadtrat Dr. Grünspan  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

tagte am Montag im Rathhaus. Stadtrat Dr. Grünspan  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

### Die Stadt des Eigenbetriebes.

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

Die Stadt Stavanger in Norwegen hat ein Café und ei...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...  
... die drei Vertreter eine Unterredung mit dem Vor...

und weiß nicht, warum dann überhaupt der Wechsel notwendig ist.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts muß ganz anders beschaffen sein. Er muß mit seiner Ehre und mit seinem Leben dafür einstehen, daß jeder Deutsche seine ausreichende Nahrung erhält. Nur dies eine Ziel darf er kennen und muß rücksichtslos gegen jeden Feind, der ihn hindern will es zu erreichen. Findet er dennoch unüberwindlichen Widerstand, so muß er mit offenkundiger Angabe des Grundes sein Amt niederlegen, damit das deutsche Volk weiß, wo die Widerstände liegen.

Es hat manchmal den Anschein, als wollten die Behörden nicht, daß es sich in diesem Kampfe um Sein und Nichtsein des Reiches handelt. Dies Wort Hindenburgs an Bethmann Hollweg ist eine bittere Wahrheit. Die Ernährungsfrage ist insbesondere von den Behörden mit Ernst bearbeitet worden. Schwierigkeiten müssen überwunden und eine befriedigende Lösung muß gefunden werden. Bei einigermaßen gutem Willen läßt sie sich auch finden.

Ist eine ausreichende Ernährung des deutschen Volkes möglich? Wäre sie nicht möglich, so müßte rücksichtslos eine gleiche Zuteilung an den Einzelnen durchgeführt werden. Aber und das ist das Bedauernde, es ist ohne jeden Zweifel möglich, jeden Deutschen satt zu machen und körperlich gesund zu erhalten. Freilich, Uebelheiten in der Ernährung, angeborene und anerzogene Vorurteile können nicht die geringste Berücksichtigung finden, sonst stimmt die Rechnung nicht. Satt muß der Mensch werden und die erforderlichen Nährstoffe zu sich nehmen. Der erwachsene Mensch braucht täglich 500 Gramm Kohlehydrate, 60 Gramm Eiweiß und 80 Gramm Fett. Wir erhalten jetzt in 1 Pfund Kartoffeln 10 Gramm Eiweiß und 100 Gramm Kohlehydrate; in über 250 Gramm Brot 20 Gramm Eiweiß, 2,5 Gramm Fett und 125 Gramm Kohlehydrate; in 35 Gramm Fleisch 7 Gramm Eiweiß, 0,5 Gramm Fett; in 9 Gramm Butter 8 Gramm Fett. Zusammen macht das täglich 37 Gramm Eiweiß, 11 Gramm Fett und 225 Gramm Kohlehydrate. Uns fehlen also noch 23 Gramm Eiweiß, 49 Gramm Fett und 275 Gramm Kohlehydrate. Wie können wir diesen Fehlbetrag ausfüllen?

Den größten Fehlbetrag finden wir bei Kohlehydraten, die wir in der Pflanzenernährung finden. Etwas Gemüße steht uns zur Verfügung, wodurch der Fehlbetrag an Kohlehydraten herabgemindert wird. Die Hauptfrage bleibt aber die Lieferung von Kartoffeln. Wir haben eine Ernte von 700 bis 800 Millionen Zentnern Kartoffeln. Bei einem Pfund täglich gebrauchen wir nur 210 Millionen Zentner zur menschlichen Ernährung. Wir könnten täglich 2 Pfund und darüber liefern und würden noch die erforderliche Menge zur Saat mit 100 Millionen, zur Brotbackung mit 42 Millionen, zur Bereitung von technischem Spiritus mit 35 Millionen und noch einen Rest zum Verflüttern übrig behalten. Der Bedarf an Kartoffeln ist bei den Menschen sehr verschieden. Die Gemeinden sollten daher Kartoffeln ihren Bürgern nach dem Bedürfnis zuweisen. Die Lieferung sollte auf Grund der Selbstversorgung erfolgen. Die mehr zu liefernden Kartoffeln und das Gemüse, wie Mühlenfabrikate, liefern gut das fehlende Eiweiß. Fett hingegen können wir nicht beschaffen. Mit dieser Tatsache muß man sich abfinden. Fett kann aber durch Kohlehydrate ersetzt werden. Wir müssen nur entsprechend mehr Kohlehydrate zu uns nehmen, und zwar für ein fehlendes Gramm Fett 2 Gramm Kohlehydrate.

Es ist klar, daß die Mast von Schweinen, Gänsen, Enten und die Alhnerzucht fast ganz aufhören müßte, weil es an Futter fehlt. Aber diese Folge muß man schließlich auf sich nehmen. Durch ein Pfund Fleisch, das wir erhalten, werden uns 5 Pfund Pflanzenernährung entzogen. Das Entziehen des Fleisches bis auf einen gewissen Rest, der ja bleiben muß, sichert uns aber eine volle Sättigung und ausreichende gesunde Pflanzenernährung, die Rindhede längst wissenschaftlich und praktisch als gut und vollkommen nachgewiesen hat.

Die Möglichkeit, das ganze deutsche Volk ausreichend zu ernähren, besteht also. Darum ist es unverantwortlich und kann die schwersten Folgen nach sich ziehen, wenn für ihre Sicherstellung die erforderlichen Maßnahmen nicht schleunigst getroffen werden. Man könnte es schwer verstehen, wenn Kohlen und Kartoffeln ins Ausland gehen, um Obst, Wein, Tabak usw. einzutauschen und daß Kartoffeln bei uns an Schweine verfüttert werden, während die Menschen an diesen Dingen Mangel leiden. Noch sind die Fehler gut zu machen. Man säume nicht, es zu tun.

**Die Konsum- und Spargenossenschaft**  
Für Danzig und Umgegend hielt am Bußtage (21. November) ihre Generalversammlung ab. Der Geschäftsführer Mitfäcke hob im Tätigkeitsbericht hervor, daß im Geschäftsjahre, wie vorausgesehen war, ein Rückgang des Umsatzes leider nicht zu vermeiden war. Derselbe ging zurück auf 135 826,43 Mk., betrug indes immer noch mehr, als vor zwei Jahren. Das Lieferantengeschäft, das eine Umsatzziffer von 1884 Mk. aufzuweisen habe, sei inzwischen ganz zum Stillstand gekommen, da die betreffenden Lieferanten die Verträge aufgegeben hätten. Bei vielen andern Genossenschaften wäre die gleiche Erscheinung zu beobachten. Weit über die Hälfte der gelieferten Waren müßte von den städtischen Verteilungsstellen, und nur ein Sechstel konnte von der Großverkaufsgesellschaft bezogen werden. Redner führte eine Reihe von Mitteln an, die noch marktfrei und unbefristet zu haben wären, und sagte damit, wie eine Steigerung des Umsatzes zu ermöglichen wäre. Die Einbeziehung der Vororte in die städtische Verteilungsregelung sei nicht ganz unseren Wünschen entsprechend, indem die in den Vororten (die nicht zum Stadtkreis Danzig gehören) wohnenden Mitglieder genötigt wären, ihre Einkäufe bei Vororthändlern zu tätigen. Die städtische Warenverteilung funktionierte im allgemeinen zufriedenstellend; nur das Markensystem erfordere fortgesetzt die schärfste Aufmerksamkeit und verursache eine Unannehmlichkeit von Arbeit. Die Sparanlagen vermehrten sich um 5812,42 Mk., die Geschäftsguthaben um 1882,30 Mk. Die Bilanz wies folgende Ziffern auf: Waren 10 102,42, Kasse 1519,88, Inventar 1,00, Bankguthaben 43 890,77, Kautionen 570,00, Bekeiligungen 2318,75, Schuldverrechnung der GEG 500,00, Kriegsanleihe 500,00, Pfändkonto 2437,05, Versicherungsguthaben 56,46, ferner Geschäftsguthaben 24 669,68, Reserven 8015,00,

Kautionen 500,00, Sparanlagen 10 799,54, Sparmarken 73,30, Lieferantenguthaben 373,71, noch zu zahlende Rückvergütung 640,54, Ueberchuß 7624,56 Mk. Folgender Verteilungsplan wurde genehmigt: 4 Prozent Rückvergütung 5508,40, Zurückzahlung zur beglichen Rücklage 885,00, Zuschreibung zur bevorzogenen Rücklage 600,00, Vortrag auf neue Rechnung 381,16 Mk. Die Aussprache zeitigte eine Menge Wünsche und Beschwerden, die in der Hauptsache in den unerbittlichen Kriegsverhältnissen ihre Ursache haben. Abhilfe wurde vom Vorstand, soweit irgend möglich, zugesagt. Die Generalversammlung währte volle drei Stunden.

**Hilfsvereinsammlung in Neufahrwasser**

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung fand am Sonntag in Neufahrwasser im Sesselfischen Lokale statt. Genosse Bührig sprach über: „Sozialdemokratie, Verständigungs-frieden und Vaterlandspartei“. Er besprach im Gange seiner Ausführungen die Friedenssehnsucht in allen Ländern, die in Rußland ihren Ausdruck in der proletarischen Revolution der Bolschewiki fand. Die russische Friedenshand dürfe nicht durch unkluge Annexionspläne zurückgestoßen werden. Die Völker Deutschlands und Rußlands sind aufeinander angewiesen. Die Arbeiter Deutschlands haben auch ein Interesse daran, daß die revolutionären Errungenschaften Rußlands bestehen bleiben. Die aber sind am besten durch einen vollständigen Verständigungs-frieden gesichert. Weniger hoffnungsvoll sind die Aussichten für einen baldigen Verständigungs-frieden mit den Westmächten, vor allem mit England. Die deutsche Sozialdemokratie, die im Jahre 1914 einmütig für die Verteidigung des Vaterlandes eintrat, konnte aber nicht zulassen, daß der Verteidigungskrieg zu einem Eroberungskrieg würde. Deshalb bekämpfte sie auch mit aller Entschiedenheit die Annexionspläne, die von der sogenannten Vaterlandspartei propagiert werden. Durch solche Eroberungspläne wird der Kriegswille der Feinde nur gestärkt. Die Tätigkeit der Vaterlandspartei wirkt aber auch zersetzend auf die Einigkeit des deutschen Volkes. Die Führer dieser Partei sträuben sich mit aller Macht gegen die notwendigen Reformen im Innern und wirken also auch so volkschädlich. Die Massen der Arbeiterschaft müssen aber erkennen, daß der Kampf für den Frieden und die freiheitliche Entwicklung Deutschlands nur von der Sozialdemokratie geführt wird und sich deshalb vollzählig der Partei anschließen und Leser der sozialdemokratischen Presse werden. Genosse Looops wies in der Diskussion auf das unsoziale Verhalten des Danziger Magistrats hin. Im Felde herrscht darüber, wie Feldpostbriefe besorgen, lebhaftes Entzücken. Die Worte der Vaterlandsparteier stehen mit ihren Taten in klaffendem Widerspruch. Das beweist u. a. das Verhalten des konservativen Führers Meyer-Rottmannsdorf, der der Bevölkerung von Danzig in dieser schweren Zeit sogar die Milchzufuhr nach Danzig entzog, als ihm der Milchpreis nicht hoch genug war. Die kriegerischen „Neuesten Nachrichten“ mißließen aus den Arbeiterfamilien verschwinden und die „Volkswacht“ überall Eingang finden. Mit einem anfeuernden Schlußwort des Versammlungsleiters, Genossen Wiluht, in dem er zum Beitritt zur Organisation und zum Abonnement der „Volkswacht“ aufforderte, wurde die Versammlung geschlossen.

**Ein dankenswerter Aufruf des Kriegsministers.**

Wie wir erfahren, richtete der Kriegsminister an sämtliche ihm unterstellten Dienststellen folgenden Erlaß: Jeder Einzelne im Volke trägt an der Not des Krieges. Niemand soll ihm die Last unnützlich vergrößern. Das geschieht aber, wenn die Dienststellen im Verkehr mit dem Publikum dem Besuchsteller nicht in schneller höflicher Art helfen, sondern den Verkehr zur Quelle von Mißheiligkeiten und Mißstimmungen machen. Wer so handelt, schädigt das Vaterland und zeigt, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen ist. Persönlichkeiten, die auch nach erfolgter Bezeichnung fortfahren, ihren Mitmenschen in dieser Zeit das an sich schwere Dasein durch ihr Benehmen noch mehr zu erschweren, dürfen an diesen Stellen nicht geduldet werden.

**Pferdefleisch mit Maden und freundschaftliche Behandlung.**

Der Kochschächter Karl Münz und dessen Ehefrau Luise Münz in Danzig hatten sich vor dem Schöffengericht wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz, der Ehemann außerdem wegen Mißhandlung einer Kundin zu verantworten. Am 21. August nachmittags kaufte eine Frau in der Kochschächtereie des Angeklagten ein Pfund gekochtes Pferdefleisch für 2 Mark. Abends bemerkte die Frau, daß das Fleisch nicht mehr genießbar war. Sie befürchtete durch den Genuß krank zu werden. Am nächsten Nachmittag brachte sie das Fleisch dem Angeklagten zurück, der betrunken gewesen sein soll. Sie kam damit aber schlecht an. Der Mann sagte die Frau an und warf sie hinaus und eine Bank slog noch hinter ihr her. Er ist sehr energisch und 21 Mal vorbestraft wegen Körperverletzung, Beleidigung, Hausfriedensbruches, Vergehens gegen die Kriegsgesetze und gegen das Nahrungsmittelgesetz, sowie Betrug. Die Kundin machte dann sofort auf der Polizei Anzeige. Der Sachverständige, Dr. Bau, betonte, daß das Fleisch am 23. August stark verfault, mit Maden fast lurch-seht und gesundheitsschädlich war. Er glaubt, daß es auch am 21. August bereits verdorben gewesen sein muß. Der Amtsanwalt beantragte gegen den Ehemann 150 Mark, gegen die Frau 50 Mark Strafe. Das Gericht kam zur Freisprechung, da nicht erwiesen sei, daß die Angeklagten das Fleisch schon am 21. August als verdorben erkennen mußten. Auch eine gefährliche Körperverletzung liege nicht vor. Die Kundin sei lediglich hinaus geworfen worden.

**Auch noch Senfvrucher**

Zu den Artikeln, die in der letzten Zeit ziemlich knapp geworden sind, gehört auch neben Essig noch der Senf. Er ist nicht rationiert und infolgedessen nur noch hin und wieder im freien Handel zu haben. Früher im Frieden kostete das Pfund Tafelosen 20 Pf., vor wenigen Wochen war es noch für 60 Pf. zu haben. Mit der zunehmenden Knappheit ist aber auch der Preis dafür wahnwitzig in die Höhe gegangen. So verweist jetzt die A.G.-Gesellschaft, Abteilung Brunnenstraße in Berlin, als Zuteilung der staatlichen Verteilungsstelle Tafelosen, der mit 7,20 Mk. pro Pfund den Arbeitern offeriert wird.

Hoffentlich schreitet das Kriegsernährungsamt sofort gegen die Unfug ein und bel... auch im übrigen die staatliche Verteilungsbelle Groß-Berlins, daß sie schließlich etwas anderes zu tun habe, als diesen Wucher zu unterstützen, wünscht der... wärts

**Wucherpreis mit Sauerkohl.**  
Das Pfund Weißkohl kostet im Kleinhandel 9 Pf., im Großhandel 6 Pf. Für das Pfund Sauerkohl wird jetzt aber in Langfuhr 48 Pf. genommen, also etwa 500% Aufschlag. Im Frieden kostete der Sauerkohl etwa 5 Pf. Diese Preissteigerung beträgt mithin über 850% und den Verbrauchern wird zugemutet, das alles ruhig hinzunehmen. Gibt es denn keine Behörden, die auf Ordnung sehen?

**Fahrpreisermäßigung für Kriegsblinde.** In einem Ausschusse des preussischen Abgeordnetenhauses besetzte man sich mit einer Eingabe des Bundes erbinderter Krieger wegen Gewährung einer Fahrpreisermäßigung für Kriegsblinde. Ein Vertreter des preussischen Eisenbahnministers erklärte, daß mittellose Kriegsblinde, sofern sie in einer öffentlichen Anstalt aufgenommen seien, mit ihren Begleitern in der dritten Klasse zum halben Fahrpreis befördert würden. Ebenfalls zum halben Fahrpreis würden Kriegsblinde auch in der zweiten Klasse befördert, wenn sie in einer öffentlichen Fürsorgeorganisation sich befänden.

Nach dieser Erklärung eines Vertreters des preussischen Eisenbahnministers haben nur die in öffentlichen Blindenanstalten oder in öffentlichen Blindenfürsorge-Organisationen aufgenommenen erblindeten Krieger Anspruch auf eine solche fünfzigprozentige Fahrpreisermäßigung. Allen anderen, die auf die öffentliche Obhut aus irgendwelchen Gründen verzichtet haben oder verzichten müssen, wird dieser Vorzug leider nicht zuteil.

**Einschränkung der Heizung in den Personenzügen.** Wegen Mangels an Heizschläuchen und zur Herabminderung des Kohlenverbrauches wird es erforderlich, während des kommenden Winters die Heizung der Personenzüge weitgehendst einzuschränken. Abgesehen davon, daß bei Zügen von kurzer Fahrtdauer Beheizung nur in Ausnahmefällen erfolgen kann, werden die bisher in den Abteilen anzustrebenden Wärmegrade auf 10-12 Grad Celsius herabgesetzt. Den Reisenden wird die Mitnahme von Winterschuhekleidung, Decken und dergleichen unter allen Umständen empfohlen. Auch bei den nicht reichenden Heizung in bisher gewohnter Weise gerechnet werden dürfen.

**Die Errichtung eines Jugendamtes,**  
dem die Kinder- und Jugendfürsorge unterstehen soll, wird hier beabsichtigt. In dem Jugendamte sollen alle die bereits bestehenden verschiedenartigen Einrichtungen und Bestrebungen auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, wie Waiseninpektorat, Berufsvormund-schaft, Ziehkindwesen, Säuglingsheim, Kinderkrippen, -Gärten und -Spiele, Schulärzte, Frühstücksbeipielung armer Schulkinder, Ferienkolonien, Mütter- und Elternabende, Mütterberatungsstellen, Jugendheime usw., zusammengefaßt und in gegenseitiger Fühlungnahme weiter ausgebaut werden. Insbesondere soll das neue Amt mit einer Berufsberatung mit Beihilfenvermittlung betraut werden.

**Aus Westpreußen**  
Elbing

Zur Stadtverordnetenwahl der 3. Abteilung nahm eine Wählerversammlung am Sonntag den 25. November im Volkshause Stellung. Genosse Gehl referierte über: „Reindepolitik und Sozialdemokratie“. Er führte aus:

Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie um größeren Einfluß in den Rathäusern zeitigte seit den neunziger Jahren sehr gute Erfolge. 1914 wurden 11 681 sozialdemokratische Gemeindevertreter gezählt, wozu noch eine Anzahl süddeutscher Magistratsräte kommen. Sozialdemokratische Stadträte gab es vor dem Kriege in Preußen nicht. Das ist nun anders geworden. Mehrere unserer Genossen sind während des Krieges als Stadträte gewählt und bestätigt worden. Das ist zu unserer großen Freude in einem Falle auch in Elbing geschehen. Es ist klar, daß dadurch noch kein Systemwechsel in der Gemeindepolitik erreicht werden kann. Aber erreicht ist, daß die Arbeiterpartei im Magistrat ihre Ansichten zur Geltung zu bringen vermag, wie die „Elbinger Zeitung“ seinerzeit schrieb. Ein Systemwechsel in der Gemeindepolitik setzt ein freies Wahlrecht für das preussische Abgeordnetenhaus voraus. Redner behandelte dann die preussische Wahlrechtsfrage und die von der „Vaterlandspartei“ dagegen inszenierten Widerstände und stellt fest, daß die Sozialdemokratie sich niemals um das freie Preußenwahlrecht betrogen lassen werde. Daran habe der Würzburger Parteitag keinen Zweifel gelassen. Freies Wahlrecht in Preußen heißt: gleiches Gemeindevahlrecht und Systemwechsel in der Kommunalpolitik.

Die Sozialdemokratie sieht in der Gemeinde ein organisches Lebenswesen, auf dessen Gebiet eine gewisse Anzahl Menschen wohnen, unter gemeinsamem Recht wirkend eng mit einander verbunden sind und in gemeinsamem Zusammenhalt sowie bei glücklicher Arbeitsteilung so billig, so vortheilhaft und so gut wie möglich gemeinsam ihre Bedürfnisse befriedigen und ihre Kultur verbessern sollen. Diese Auffassung deckt sich natürlich nicht mit denen bürgerlicher Politiker.

Daß die Sozialdemokratie noch keinen ausschlaggebenden Einfluß in den Rathäusern gewonnen hat, liegt am Dreiklassenwahlrecht, der öffentlichen Stimmabgabe und dem Hausbesitzer-Privileg. Mit dem freien Wahlrecht in Preußen wird diese Ungerechtigkeit sicher verschwinden, um deren Aufrechterhaltung sich gewisse Fortschrittsfeinde jetzt schon bemühen. Diesen Kreisen geht Stadtrat Rosenstock im „Berliner Tageblatt“ scharf zu Leibe. Redner entwidet dann das sozialdemokratische Kommunalprogramm und behandelt sehr eingehend die neuen Aufgaben der Gemeinden während und nach dem Kriege. Der Krieg hat die Gemeinden vor sehr wichtige Aufgaben gestellt. Denken wir nur an die Kriegsfürsorge, die Versorgung mit Lebensmitteln und deren Verteilung, die Versorgung mit Brenn- und Leuchtstoff und anderes mehr. Je mehr Sozialdemokraten in der Gemeindeverwaltung wirken, je besser ist die Versorgung. Redner führt dafür Beispiele an und wehrt sich gegen die Auffassung, daß, wie fallsch...

behandelt werde die letzten Lebensjahre in der Lebensmittelversorgung. Sozialismus kein.

Der wirkliche Sozialismus bringe die Menschheit Frieden, Freiheit und Wohlergehen. Wer ihn erreichen helfen will, schließe sich der Sozialdemokratie an und wähle ihre Kandidaten.

Genosse Finke erstattete in längerer Rede Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Rathausfraktion. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit der Ernährungsfrage.

An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Wolf, Zech und Braun in zustimmendem Sinne.

Genosse Finke gibt die Namen der aufgestellten Kandidaten der Partei bekannt und ersucht um deren Wahl.

Die Wahl der 3. Abteilung fand im Zeichen des Burgfriedens am Montag den 26. November statt.

Gewählt wurden: Im ersten Wahlbezirk Eigentümer Friedrich Knebel mit 20, im zweiten Bezirk Deponist Otto Peter mit 69, im dritten Bezirk Eigentümer Ferdinand Ruhn mit 66, im vierten Bezirk Eigentümer Johann Kowalski mit 72, im fünften Bezirk Eigentümer Karl Lange und Tischlermeister Karl Braun mit je 108, im sechsten Bezirk Eigentümer Hermann Scholke mit 99 Stimmen. An Stelle des verstorbenen Obermeisters Hartwig wurde im vierten Bezirk der Lehrer an der Mittelschule Herr Kassei mit 9 Stimmen gewählt. Hier hatte die Sozialdemokratie keinen Gegenkandidaten aufgestellt.

### Graubener Stadtverordnetenwahl.

Die diesmalige Wahl zur Stadtverordnetenversammlung für die dritte Abteilung, von der wir erst annahmen, daß sie voraussichtlich recht bargfriedlich verlaufen würde, hat unsere Erwartung nicht erfüllt. Herr Pfarrer Jacob hatte es anders beschlossen. Der in öffentlicher Wählerversammlung aufgestellten Kandidatenliste stellte er vorher eine andere gegenüber, auf die unser Genosse haat und zwei bisherige Stadtverordnete nicht übernommen wurden. Dadurch sollten, wie es in den Jacobischen Anseraten hieß, Wahlkämpfe vermieden werden. Pfarrer Jacob hatte sich aber geirrt. Unsere Genossen und die in Betracht kommenden bürgerlichen Parteien setzten sich nicht anerkennen, sondern protestierten durch Aufstellung einer eigenen Liste gegen den groben Verstoß gegen den Burgfrieden. Es kam zum Wahlkampf. Pfarrer Jacob mit seinen Vereinen, Beamtenverein, Eisenbahnarbeiterverein, Frangschütz, Arbeiterverein, Katholischer Arbeiterverein, Katholischer Gefellensverein, Katholischer Volksverein, Postunterbeamtenverein und Wertmeisterverein blieb diesmal Sieger. Seine Kandidaten erhielten 307 bezw. 327 Stimmen und die Gegenliste 221 bezw. 243 Stimmen. Gewählt wurde nach der alten Liste von 1912.

Diese Wahl ist recht lehrreich, insbesondere deshalb, weil hier ein frommer Seelenhirt mitläubig daran ist, daß es zum Wahlkampf kam. Man sollte es nicht für möglich halten, daß gerade von dieser Seite so egoistisch gehandelt wurde. Das eröffnet gute Aussichten für die Zukunft. Durch diese Tat werden vielleicht manchem unorganisierten Arbeiter die Augen geöffnet werden über den wahren Charakter gewisser Parteien und Personen, die diese schwere Zeit durchaus nicht begreifen können oder wollen. Pfarrer Jacob will den Kampf. Gut, er soll ihn haben. Bei Philippi leben wir uns wieder.

### Gewerkschaftliches

#### Einigung im Leipziger Gewerkschaftsstreit.

Unter Teilnahme der Vorsitzenden und der Ortsverwaltungen der Zentralverbände der Uphalteure, Handlungsgesellen, Kupferknechte, Metallarbeiter, Sattler, Steinzieher, Tabakarbeiter und Schneider Leipzigs sowie drei Mitgliedern der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und des Ausschusses des Gewerkschaftsartikels in Leipzig fand am Sonntag, den 25. und Montag, den 26. d. M., eine Aussprache über die Gründe des Austritts der vorgenannten Gewerkschaften aus dem Gewerkschaftsartikell mit dem Ziel einer Einigung statt.

Von den ausgetretenen Gewerkschaften wurde folgende Entschickung vorgelegt, deren erster Teil lautet:

Da dem freien Gewerkschaftsartikell zu Leipzig angebotene Organisationsformen erklären, daß die Fortsetzung der Arbeitervereine, wie sie bisher von dem alten Kartell und besonders von den beiden Sekretären Hantsch und Kralau, ausgenommen ihre Tätigkeit

in Arbeitervereinen, im Rahmen der Leipziger Arbeitervereine, nicht worden ist, als nicht im Interesse der Arbeiter liegend betrachtet. Ebenso verwerfen sie die von der Generalkommission betriebene Politik.

Gegen diesen Teil gaben die Vertreter der Zentralverbände und der Generalkommission sowie der Kartellauschuss folgende Erklärung ab:

Wir halten den ersten Teil der Erklärung für nicht gerechtfertigt. Die in der Beratung für den Austritt aus dem Kartell angeführten Gründe bieten keine Veranlassung zu einem solchen Urteil, sondern es gilt als erwiesen, daß das Kartell und die Arbeitersekretäre ihre Pflicht erfüllt haben.

Die Verhandlungen führten zu einer Einigung auf folgender Grundlage:

Die ausgetretenen Gewerkschaften treten nach den allgemeinen Neuwahlen, die im Januar stattfinden, dem alten Kartell wieder bei. Nach dem Wiedereintritt legen die Kommissionen des Kartells, die im öffentlichen Interesse wirken, ihre Ämter nieder. Das Kartell entscheidet über die Besetzungen dieser Kommissionen. Die Vertretung des Gewerkschaftsartikels hat durch den Kartellauschuss oder durch besonders gewählte Vertreter zu erfolgen. Die von dem Kartell zu solchen Kommissionen ufm. Delegierten haben selbstverständlich die Meinung der Mehrheit des Gewerkschaftsartikels zu vertreten. Die durch Behörden zu berufenden Vertreter des Gewerkschaftsartikels haben vor Annahme dieser Berufung die Zustimmung des Kartells einzuholen. Dem Kartell bleibt es vorbehalten, an Stelle dieser berufenen Personen andere Vertreter des Kartells zur Berufung vorzuschlagen. Soweit solche Berufungen durch die Behörden bereits erfolgt sind, hat das Kartell nach der Wiedervereinigung nachzuprüfen, ob diese Vertretungen aufrecht zu erhalten, eventuell durch andere Vertreter des Kartells zu besetzen sind.

Diese Vereinbarung wurde einstimmig beschlossen. Alle Teilnehmer an den Einigungsverhandlungen waren sich voll bewusst, daß es mehr wie je notwendig ist, die Einigkeit der Gewerkschaften hochzuhalten und jede Schwächung gegenüber dem besonders in der Kriegszeit außerordentlich erstarkten Unternehmertum zu vermeiden.

Da während der Verhandlungen die Politik der Generalkommission während der Kriegszeit mehrfach erwähnt wurde, jedoch eine ausgiebige Aussprache darüber nicht stattfinden konnte, soll dieses Thema in einer besonderen Versammlung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute unter Teilnahme von Vertretern der Generalkommission erörtert werden.

### Soziales

#### Steigerung der Arbeitsfreudigkeit.

Hierüber sagt der Generaldirektor Adolf Hauffner in der Sitzung der Elektrotechnischen Gesellschaft zu Frankfurt a. M. am 11. März 1906:

„Ein Mensch in abhängiger Stellung, einerlei ob Hand- oder Kopfarbeiter, dessen Menschenwürde während der Arbeit geachtet wird, und der das Vertrauen zu seinem Vorgesetzten hat, daß nicht eine Laune oder böser Wille ihn um seine Stellung bringen kann, wird leistungsfähiger und opferwilliger sein, als ein durch äußere Strenge zur Pflichterfüllung angehaltener Mensch. Diese Steigerung der Arbeitsfreudigkeit gehört meines Erachtens zu den wichtigsten Problemen, die durch unsere großindustrielle Entwicklung aufgeworfen worden sind.“

Hoffentlich legt sich diese Ansicht in den Kreisen der Unternehmer durch und zugleich die Ueberzeugung, daß die Organisation der Arbeitskräfte diesen erst die Sicherheit verschaffen kann, gegenüber Launen und Willkürn von Vorgesetzten geschützt zu sein. Die Unternehmer würden dann nicht mehr so häufig, wie es bisher der Fall war, die Gewerkschaften bekämpfen und ihre Funktionäre maßregeln.

### Aus aller Welt

#### Ueberaus harte Verurteilung

Unser Königsberger Parteiorgan schreibt:

Das Dienstmädchen Gisela A. unterhielt in Knöppelsdorf, wo sie in der ersten Hälfte des verflohenen Sommers bei dem ruhigen Leude in Stellung war, ein Verhältnis mit einem russischen Kriegsgefangenen. Das sie schließlich zu einem folgenschweren Unternehmen verleitete. Beide suchten den Entschluß, aus Preußen zu fliehen, um in Rußland dauernd vereint leben zu können. Die Vorbereitungen zu dieser Flucht wurden von der A. getroffen. In der Nacht zum 16. Juni entwanderte sie mittels Einsteigens durch ein Fenster aus den Diensträumen ihrer Dienstherrin eine Kofferte mit etwa 900 Mk. Geld, ferner Schweinefinken im Werte von 100 Mk. und schließlich eine Anzahl Hemden sowie Damen-

kleider. Es mit dem Fliehen versehen, trat sie zusammen mit ihrem Begleiter nach in derselben Nacht heimlich die geplante Flucht an. Das Mädchen wurde aber noch einiger Zeit erwischt. Dadurch, daß das Mädchen einen Kriegsgefangenen zur Flucht verhalfen hätte, hatte es sich eines schweren Verbrechens schuldig gemacht, das bereits demütig zur Aburteilung gelangt ist. Wegen des Einbruchdiebstahls bei ihrer Dienstherrin erhielt die Angeklagte nachträglich von der höchsten Strafkammer noch 1 Jahr Zuchthaus. Zusammen mit der zuletzt erkannten Strafe von 10 Jahren Zuchthaus für die Beihilfe zur verführten Flucht des Kriegsgefangenen wurde die Gesamtstrafe auf 10 Jahre 3 Monate Zuchthaus festgesetzt.

Wir kennen die Härte der Kriegsgesetze und wissen, daß die Richter vor Pflichten stehen, die bei aller menschlichen Rücksichtnahme solche Urteile nicht vermeiden lassen. Trotzdem muß gerade dieses Urteil erschüttern. Vieles vermochte der Krieg. Die Ueberwindung der Liebe auch zwischen feindseligen Volksangehörigen war ihm nicht möglich. Immer wieder schlug die größte Kraft der Menschheit, trotz Verfehlung, Achtung und Strafen, die Brücken über alle Feindschaften des Krieges. Und wer will dabei von unedelm Diktiven sprechen? Eine spätere Zeit wird über diese Vorkommnisse gewiß in gekläuterer Auffassung urteilen. Wir lassen uns von niemand in der Wertschätzung nationaler Würde übertreffen. Gerade von diesem Standpunkt aus muß man aber wünschen, daß dem Mädchen das Furchtbare dieser 10 Jahre Zuchthaus erspart bleibt. Das gewaltige Deutschland hat in diesem Kriege seine unüberwindliche Kulturkraft wunderbar erwiesen. Es muß ihm leicht sein, eine irragegangene Tochter seines Volkes der Verzweiflung zu entreißen und sie dem Leben wieder zu geben!

— Verzweiflungstat einer Mutter. Wegen Mordversuchs an ihren Kindern ist die Frau Dittie Neuman aus der Sehlendorfer Straße 9 in Lichtersfelde in Haft genommen worden. Hausbewohnern war ein starker aus der A. fchen Wohnung dringender Gasgeruch aufgefallen. Die benachrichtigte Polizei ließ die verschlossene Wohnung öffnen, und nun fand man Frau Neumann und ihre 4 und 8 Jahre alten Kinder bewußtlos in dem völlig mit Gas gefüllten Zimmer liegend auf. Sämtliche Gasohlnen waren geöffnet. Die Samariter der Feuerwehr leisteten Wiederbelebungsversuche an, die sowohl bei der Mutter wie bei den Kindern von Erfolg waren. Als Anlaß zu der Tat hatte Frau Neumann in einem an Verwandte gerichteten Briefe angegeben, daß ihre Kinder in eine Zirkiorgeantiel gebracht werden sollten, sie sich aber nicht von ihnen trennen könne.

— Zum Tode verurteilt. Das Clever Schwurgericht verurteilt die belgischen Bergleute Andreas Apffelagh und Franz Verdonc au Meerbeck, die einen Arbeiter gleicher Nationalität im Streite in einen Forderbacht geworfen hatten, wo er tot aufgefunden wurde wegen Mordes zum Tode. Die Verhandlung fand 250 Meter unter Tag auf der Zeche „Aheinpreußen“ in Ulfort statt und dauerte zwei Tage.

— Diebesbeute im Werte von 200 000 Mk. Für ungefähr 200 000 Mk. Werte erbeuteten Einbrecher in den Nächten zum Samstag und zu Donnerstag in Berlin. In einem Geschäftshaus in der Leipziger Straße, in das sie durch die Decke darüberstehender Räume gelangten, stehlen den Dieben für 40 000 bis 50 000 Mk. Pelzstücke in die Hände. Für ebenso viel Stoffe stahlen sie in einer Handlung in der Poststraße, für 60 000 bis 80 000 Mk. Seiden- und Baumwollstoffe in einem Geschäft in der Lindenstraße.

### Bekanntmachung.

Nr. L 115/11. 17 KRA K. St. 14 534

L 115/11. 17 KRA II. Ang.

Am 24. November 1917 tritt eine Bekanntmachung L 115/11. 17 KRA betr.

### Ausnahmebewilligung

zu der Bekanntmachung L 800/4. 17 KRA vom 1. Juni 1917 bei Beschlagnahme, Behandlung, Verwendung und Meldepflicht von rohen Kanin-, Hasen- und Kagenfellen und aus ihnen hergestellten Leder

in Kraft. Ferner tritt am gleichen Tage eine Bekanntmachung L 115/11. 17 KRA II. Ang. betreffend

### Verkaufsverpflichtung von rohen Kanin-, Hasen- und Kagenfellen

in Kraft. Der Wortlaut dieser beiden Bekanntmachungen ist in den Rgierungsamts- und in Kreisblättern einzufehen.

Danzig, Graubenz, Thorn, Culm, Marienburg,

den 24. November 1917.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graubenz und Thorn.

Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

### Wilhelm-Theater

Zu Gunsten des Kriegsliebesdienstes!

Die Feldgrauen für die Feldgrauen!

# DER HIAS

Ueber 100 Mitwirkende!

ein feldgraues Spiel in 3 Akten

#### Erstaufführung

Sonabend, den 1. Dezember, 7 1/2 Uhr abends.

Sonntag, den 2. Dezember: 2 Aufführungen 3 1/2 Uhr und 7 Uhr.

Preise der Plätze (ausschliessl. Steuer):

Parterre-Loge ..... 4.00 | Parkett-Loge ..... 2.25 | Mittel-Loge ..... 2.00 | II. Sperrplatz ..... 1.25 | Parterre ..... 1.00  
I. Rang-Loge 3-8 ..... 2.50 | I. Rang-Loge 9-16 ..... 2.00 | I. Sperrplatz ..... 1.50 | II. Rangloge ..... 1.00 | Galerie ..... 0.50

Kinder u. Militär Sonntag nachm. halbe Preise. Wer Gold bringt, erhält einen guten Freiplatz.

Vorverkauf täglich ab 9 Uhr Sonntag im Zigarren-Geschäft Gebr. Wetzlar, Langgasse Nr. 42. :: :: Telephon 601.

NB.: Telephon-Bestellungen im Wilhelm-Theater nicht möglich!

Freie Fahrt auf allen Strassenbahn-Linien gegen Lösung einer „Wilhelm-Theater“-Fahrkarte

310

**Leitungs Fremdwörter und politische Schlagwörter**  
versteht und herangezogen von **Adolf Braun**  
Preis 30 P.  
Ein Taschenbuch, das jeden Sprachschüler, jeden Schüler, jeden Soldaten helfen sollte.

Buchhdlg. Volkswach  
Paradiesgasse 32

### „Vollstürforge“

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Vorkosten

Man verlange Prospekt und

Rechnungsblätter

# Politische Wochenschau

Trotsky richtete an den englischen Botschafter Buchanan schriftlich das Ersuchen, zwei in England internierte russische Unterthanen freizulassen. Er deutete Gegenmaßnahmen gegen die Engländer in Rußland an.

## Das Programm der neuen Regierung

Stockholm, 23. November. Der Pressevertreter der Bolschewiki an der russisch-schwedischen Grenze teilt über Haparanda durch Svenska Telegrambran eine kürzlich von der „Pravda“ veröffentlichte Regierungserklärung mit, wonach die Maßnahmen des Rates der Beauftragten des Volkes bezüglich der verschiedenen Nationalitäten sich auf folgenden Grundfahnen aufbauen würden: Erstens: Freiheit und Souveränität für alle Völker Rußlands; zweitens: Selbstbestimmungsrecht für die Völker Rußlands bis zu ihrer Trennung und selbständigen Staatenbildung; drittens: Aufhebung der Verrechte einzelner Völker und der Nationalkirchen und Einschränkungen aller Art; viertens: Das Recht aller Minderheitsvölker und Volksstämme, die die Gebiete Rußlands bewohnen, auf vollständig freie Entwicklung. Diese Mitteilung ist namens der Republik Rußlands von dem Beauftragten für Nationalitäten-Angelegenheiten, Stalin, und dem Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten, Lenin, unterzeichnet.

## Der Sieg der Friedensdemokratie weitgehend gesichert

Kopenhagen, 24. November. Der Auslandspresserepporteur der Bolschewiki an der schwedischen Grenze erhält ein amtliches Telegramm aus Petersburg vom 23. November, wonach jetzt auf der Seite der Bolschewiki stehen: die gesamte Armee und Flotte sowie der ganze nördliche, westliche und südwestliche Teil des Reiches mit den Städten Petersburg, Moskau, Charkow, Kiew und Odessa, sowie das ganze Uralgebiet und Sibirien. Von den Fronten kommen Hunderte von Abgeordneten, die die Mitteilung vollständiger Solidarität mit der neuen Regierung überbringen. Die Lebensmittelfrage ist ernst, jedoch ist es bisher mit großen Anstrengungen gelungen, die Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist nur noch schwierig, Brot zu beschaffen. Die niederen Eisenbahnbeamten stehen auf der Seite der Bolschewiki. Die Sabotage der höheren Beamten ist daher von geringerer Wirkung. Der Oberkommandierende General Duchonin ist verhaftet worden. Die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung haben bei der Flotte stattgefunden und beim Heere begonnen. In den Städten finden die Wahlen am 12. November alten Stils statt. Die bürgerlichen Parteien wollen sich nicht unterwerfen, sondern verüben überall Sabotage, wo dies möglich ist, und setzen ihre Hoffnung auf Kaledin. Das Ausbleiben telegraphischer Nachrichten aus Petersburg im Auslande ist auf Sabotage der Telegraphenbeamten zurückzuführen. Diese hofft man jedoch noch zu überwinden.

## Sozialdemokratie und russische Revolution

Die Presse der „Unabhängigen“ bringt einen Aufsatz Kar. Kautskys zur Erhebung der Bolschewiki. Er ist nach Kautskys bekanntem Muster geschrieben: man weiß nicht, was war, und weiß nicht, was sein wird; aber die Scheidemänner haben die Arbeiterklasse verraten. Interessant ist aus dem bloß drei Spalten langen Artikel nur folgender Satz:

„Die (russische) Armee, die schon mit der Tradition der Niederlage und der Auflösung von 1905 in den Krieg gegangen war, wurde in ihm zermürbt durch die lange Dauer erfolglosen Ringens voll der schmerzhaftesten Verluste und Demütigungen — nur das hatte die Revolution möglich gemacht.“

Also kurz gefaßt: die russische Revolution ist die Folge der deutschen Siege. Ohne sie und ohne die Politik des 4. August, die einer der Gründe ist, die den deutschen Sieg erst ermöglichten, wäre der Zar niemals gestürzt worden. Diesen Zusammenhang von Kautsky bestätigt zu sehen, ist in der Tat nicht ohne Reiz.

## Erfolgreiche Kriegerpreßung der Entente

W. I. B. Wien, 26. November. (Wiener Korr.-Bur.) General Duchonin ließ an die russischen Armeen eine Nachricht gelangen, wonach die Vertreter der Entente Staaten beim russischen Oberkommando gegen jede Verletzung des Vertrages protestieren, der zwischen der Regierung des Zaren und den Regierungen der Verbündeten am 5. September 1914 geschlossen wurde.

Anknüpfend hieran drohten die Vertreter der Entente Staaten, daß jede Vertragsverletzung durch Rußland, insbesondere ein Sonderwaffenstillstand, schwere Folgen nach sich ziehen werde. In einer weiteren Mitteilung eröffnet das russische Oberkommando den ihm unterstehenden Kommandanten, die amerikanische Regierung erklärt, sie könne keine weiteren Transporte nach Rußland zulassen, solange die Lage dieses Landes nicht geklärt sei. Sollten die Bolschewiki an der Macht bleiben und ihr Programm, mit Deutschland Frieden zu schließen, ausführen, dann werde die amerikanische Regierung das erlassene Ausfuhrverbot aufrechterhalten. In einem Telegramm an alle militärischen Komitees der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrate reagiert der Kommissar für die auswärtigen Angelegenheiten, Trotsky, auf diese Mitteilungen des abgelehnten Höchstkommandierenden Duchonin. Er verweist darauf, daß die Vertreter der Verbündeten sich einer unzulässigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes mit der Absicht schuldig machen, einen Bürgerkrieg hervorzurufen, wenn sie sich mit diplomatischen Notizen an einen General wenden, der wegen Ungehorsams gegen Regierungsmaßnahmen abgesetzt wurde. Der Versuch der verbündeten Vertreter, durch Prohungen die russische Armee und das russische Volk zu zwingen, den Krieg fortzusetzen, werde die russische Regierung nicht davon abbringen, den Weg zu einem ehrlichen und demokratischen Frieden zu suchen. Die Soldaten, Arbeiter und Bauern Rußlands seien nicht willens, unter der Krone der verbündeten Imperialisten zu bleiben. Der Aufruf fordert zur Fortsetzung des Kampfes für einen sofortigen Waffenstillstand mit den Worten auf: Nieder mit den alten Geheimverträgen und den diplomatischen Ränken.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Böhl, Danzig.

Verlag Volksmacht J. Böhl u. Co., Danzig

Druck Königsberger Volkszeitung, B. u. N. 9. 1918

eine allgemeine Einmütigkeit einzuüberufen, auch wenn sie unvollständig sein würde. Der Vorschlag weist auf die realen Möglichkeiten eines Sonderfriedens hin. Der internationale Sekretär, Hunsman, telegraphierte nach London und Paris und ersuchte um eine Gegenüberung der englischen und französischen Sozialisten.

## Die geheimen Weltverteilungspläne

Rotterdam, 26. November. (Hol.-Niz.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht eine Anzahl der Geheimdokumente, die zwischen Rußland und den Alliierten gewechselt wurden.

Darauf fordert Rußland seinerzeit Konstantinopel und die Küste zu beiden Seiten des Bosphorus, des Marmarameeres, der Darbanellen im Süden von Thrazien bis zur Linie Cios—Midia, die Inseln Imbros und Tenedos. Die Alliierten dagegen verlangten, daß Konstantinopel frei bleiben oder eine neutrale Zone bilden und daß Persien dem britischen Einfluß unterstellt werden sollte. Rußland sollte der französischen Forderung auf Rückerstattung Elsch-Colhringens und der bewaldeten Gegenden des linken Rheinaufers zustimmen. Rußland forderte, daß gewisse Gebiete von Deutschland zu einem neutralen Staat gemacht werden sollten.

## Deutschland

### Für Frieden und Freiheit

Eine von der Sozialdemokratie Hamburgs veranstaltete Kundgebung für einen Verständigungsfrieden und für Volksrechte wurde von den Hamburger „Unabhängigen“ planmäßig aber vergeblich zu stören versucht. Schon tagelang vorher war der jugendliche Anhang der „Unabhängigen“ für diese Aufgabe gedrillt worden. Bevor der Referent, Reichstagsabgeordneter Ebert, das Wort zu seinem Vortrag ergreifen konnte, fehlten die Störungsversuche schon ein. Sie gingen aus von halbwüchsigen Burschen und Mädchen, denen die „Unabhängigen“ Anweisungen gegeben hatten. Die überaus stark besuchte Versammlung, zu der viele Hunderte keinen Einlaß mehr erhalten konnten, ließ sich aber nicht stören, sondern zwang die Quertreiber zur Ruhe. Doch die Unruhestörer versuchten immer wieder, durch unflätige Zwischenrufe den Redner zu unterbrechen. Ebert fertigte sie mit überlegener Ruhe und Sachlichkeit ab. Seine Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall entgegengenommen. Eine Resolution stand Annahme, in welcher der russische Vorschlag eines Waffenstillstandes begrüßt und Einspruch erhoben wird gegen Eroberungspläne und gegen die Verschleppung der Wahlrechtsreform. Gegen diese Resolution stimmte nur eine ganz verschwinde Minderheit der Versammelten. Ein bürgerlicher Redner, der den Standpunkt vertreten wollte, Deutschland dürfe keinen Frieden ohne Kriegsschädigung schließen, fand in der Versammlung keinen Boden. Auch der Reichstagsabgeordnete Hente, der zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eigens nach Hamburg gereist war, würde zweifellos eine vollkommene Niederlage erlitten haben, wenn ihn nicht die Polizei am Reden gehindert hätte. Trotzdem Genosse Ebert trotz dieses Vorgehen der Polizei protestierte, tobte die junge Garde der „Unabhängigen“ gegen die Partei, als ob diese das Redeverbot verschuldet hätte. Gegen den Ueberstand kämpften bekanntlich selbst die Götter vergebens.

Eine durch ihren würdigen Verlauf wirkungsvolle Friedenskundgebung fand dagegen in Harburg a. E. statt. Am Donnerstagabend sprach dort Genosse Fr. Ebert vor etwa 2000 Personen über „Sozialdemokratie, Verständigungsfrieden, Volksrechte“. Mit größter Spannung hörten die Anwesenden den Vortrag an, der sich eindrucksvoll gegen die alldeutsche Agitation wandte, das Friedensangebot der russischen Arbeiter- und Soldatenräte würdigte und die innere Politik des Reichs zum Gegenstand der Besprechung hatte. Eine im Sinne des mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrags gehaltene Entschließung wurde einstimmig angenommen.

## Der Hirtenbrief der deutschen Bischöfe

In kluger Erkenntnis der Volksstimmungen hatte sich die katholische Geistlichkeit bei den jüngsten innerpolitischen Streitigkeiten, der Haltung des Zentrums entsprechend, sehr zurückgehalten. Während eine ganze Anzahl evangelischer Pastoren scharf gegen die Reichstagsmehrheit mobil machten, sah man nur wenige katholische Geistliche ganz offen im alldeutschen Fahrwasser. Eben ist jedoch ein gemeinsames Hirten schreiben sämtlicher deutscher Erzbischöfe und Bischöfe bekannt gegeben worden, das den inneren Kampf zur Stille von Thron und Altar auf der ganzen Linie aufnimmt „gegen äußere und innere Feinde, gegen Mächte des Umsturzes, die auf den Trümmern der bestehenden Gesellschaftsordnung einen Zukunftsaufbau aufzurichten wollen.“ ... Es wird dann gesagt, die Bischöfe stimmten denen nicht zu, denen das Volk in seiner Gesamtheit als Urheber und Inhaber der staatlichen Gewalt, der Wille des Volkes als letzte Quelle des Rechts und der Macht gilt. „Sie beredeten und bekräftigten vielmehr die Massen mit Schlagworten von Gleichberechtigung und Gleichheit aller und suchten mit Gewalt eine Volksherrschaft zu begründen, die doch nur zu neuen Formen von Ungleichheit und Anfechtung und Vergewaltigung und Tyrannet führe.“

Dieses Hirten schreiben erscheint wie ein letzter verzweifelter Versuch, die autoritative Weltanschauung, auf der der Klerus seine ganze Macht aufbaut, vor den Einbrüchen der unwiderrstehlich vordringenden Mächte der Demokratie und des Sozialismus zu retten. Dabei schreckt man vor den größten Mitteln nicht zurück und kommt mit den alten Phrasen von „inneren Feind“. Daß der Thron, den man mit zu schützen gedenkt, nun selbst seine Rechte durch die Erfüllung des Wahlerprechens preisgegeben bereit ist, muß den Bischöfen als betrübliche Konzeption an die „Mächte des Umsturzes“ erscheinen. Die Geistlichkeit bekämpft das gleiche „We.“ ist ganz besonders wohl deshalb, weil sie von ihm eine Befreiung der klerikalen Vorrechte im Schul- und Kirchenwesen befürchtet. Darum stoßen die kirchlichen Würdenträger jetzt die katholischen Arbeitermassen vor den Kopf. In diesen wird der Hirtenbrief in einer fremden Sprache reden. Ihre Gewerkschaften haben ihren Widerstand und wieder gesagt, daß die Stunde der Teilnahme des ganzen Volkes an den Aufgaben der Gesamtheit kommen müsse. Und wenn jetzt die Kirchenfürsten das Gegenteil verkünden, so wird das die Kraft der Heberlieferungen der katholischen Kirche von den Geboten der neuen Zeit trennt. Je deutlicher sich der Klerus zu den politischen Grundfragen des Inneren bekennet, desto klarer bricht sich eine Auffklärung Bahn, die wir begrüßen können. Und auch die Kirchengläubigsten werden der Auffassung sein, daß die Bischöfe kaum eine unglücklichere Umgebung für ihren diesjährigen Hirtenbrief haben konnten.

## Rußland

### Friedensmanifest an Heer und Flotte

Petersburg, 27. November. (Reuter.) Der magistralische Oberbefehlshaber Krylenko ging an die Front ab, nachdem er an Armee und Flotte ein Friedensmanifest erlassen hatte.

Die Magistralisten melden die Verhaftung des Generals Ryalkin, des früheren Kommandeurs im Moskauer Militärbezirk, der verurteilt, als Bauer verkleidet zu entkommen.

## Friedensarbeit

### Russischer Friedensvorschlag

Petersburg, 23. November. (N. I. A.) Erklärung an die Botschaften. Herr Botschafter! Ich habe die Ehre, Ihnen mit diesen Zeilen mitzuteilen, daß der Kongreß der Generäle der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernabgeordneten ganz Rußlands am 26. Oktober die neue Regierung der Republik ganz Rußlands gründete, die der Rat der Volksbeauftragten darstellt. Wladimir Iljitsch Lenin ist zum Vorsitzenden der Regierung bestimmt, die Politik ist meiner Sorgfalt anvertraut, der zum Beauftragten für die auswärtigen Angelegenheiten bestellt bin. Indem ich Ihrer Aufmerksamkeit, Herr Botschafter, ergebend von dem Kongreß der Generäle der Abgeordneten beifälligen Wortlaut unterbreite, der die Vorschläge für einen demokratischen, auf dem Grundsatze der Unabhängigkeit der Völker und ihres Rechtes, ihre Entwicklung selbst zu bestimmen, begründeten Frieden ohne Annexionen und ohne Kontributionen enthält,

habe ich die Ehre, Ihnen vorzuschlagen, das genannte Schriftstück als amtlichen Vorschlag eines sofortigen Waffenstillstandes an allen Fronten und des sofortigen Eintretens in Friedensverhandlungen anzusehen. Die Regierung der Republik ganz Rußlands macht diesen Vorschlag allen Völkern und ihren Regierungen.

Hoffen Sie, Herr Botschafter, die Verfertigung der vollkommenen Hochachtung seitens der Regierung der Generäle dem französischen Volke übermitteln, das sich nicht wird enthalten können, nach dem Frieden zu verlangen, wie übrigens alle kriegsführenden, ausgebluteten, durch das Gemetzel erschöpften Völker.

Der Beauftragte für auswärtige Angelegenheiten:  
E. Trotsky.

## Zustimmung der deutschen Regierung zu Rußlands amtlichem Friedensangebot

Berlin, 29. November. Graf Hertling machte heute im Reichstage folgende Mitteilung:

Die russische Regierung hat gestern von Zarstojas Efel aus ein von dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Herrn Trotsky und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Herrn Lenin unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen und die Völker der kriegführenden Länder gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß in den bisher bekannten Vorschlägen der russischen Regierung diskutabile Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden können und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsendet. Ich hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald feste Gestalt annehmen und uns in Frieden bringen werden. (W. I. B.)

## Friedensneigung in Frankreich

Kopenhagen, 23. November. (Kriegszeitung.) Nach einem Genfer Privattelegramm eines hiesigen Blattes haben die französischen Sozialdemokraten der neuen russischen Regierung begeisterte Huldigungsdepeschen gesandt. Es werden aus Lyon große Friedenskundgebungen zugunsten eines Friedens ohne Eroberungen und Entschädigungen gemeldet. Die in Genf weilenden Russen, die mit den neuen russischen Machthabern in Verbindung stehen, setzen die Hoffnung einer beschleunigten Friedensbewegung in den Ententeländern nicht für unbegründet an.

## Friedensstimmen aus England

Freag, 23. November. (Kriegszeitung.) Für die am 1. November stattfindende Jahresversammlung der Londoner Arbeiterpartei hat der Verband der Bureauangestellten und der Londoner Zweigverein der unabhängigen Arbeiterpartei einen Antrag zur Forderung eines sofortigen Friedensschlusses zur Abstimmung eingebracht. Die nationalsozialistische Sozialistenpartei stellte einen Änderungsantrag dazu, nämlich die Hinzufügung der Worte: „sobald die Militärdiktatur, welche den Krieg heraufbeschworen, endgültig vernichtet ist“.

## Vorbereitung einer sozialistischen Friedenskonferenz

Kopenhagen, 25. November. „Sozialdemokraten“, das Zentralorgan unserer dänischen Genossen, schreibt: Die neuesten Ereignisse in Rußland stehen die Frage eines Waffenstillstandes und von Friedensverhandlungen außerordentlich akut und einer Sonderfrieden in den Bereich der Möglichkeit rücken. Um die Arbeit für den allgemeinen Frieden zu fördern, richtete die dänische Sozialdemokratie vor einer Woche an Troelsira drachlich das Ersuchen, die holländischen Mitglieder des Internationalen sozialistischen Bureaus, die unter Zustimmung aller sozialistischen Parteien namens des Bureaus handeln, möchten die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz sobald als möglich veranlassen. Ein entsprechendes Telegramm richtete unsere Partei an das Bureau in Stockholm und den Sekretär Camille Hunsmans, der die sozialdemokratischen Parteien in England und Frankreich sofort telegraphisch von unserem Schritt unterrichtete. In dem Telegramm an Troelsira wird schließlich gesagt, daß die internationale Sozialdemokratie sich nicht ruhig verhalten kann unter Verhältnissen, wo nicht nur die Arbeiter der verschiedenen Länder einander andauernd morden, sondern es sogar, wie in Rußland, des Krieges wegen zum Bürger — ja Bruderkrieg komme. Sie ersucht daher darum, eine internationale sozialistische Friedenskonferenz unter allen Umständen zu berufen.

## Die dänische Sozialdemokratie für einen internationalen Sozialistenkongreß

Stockholm, 23. November. Die dänische Sozialdemokratie hat ein Internationales Sekretariat auf unterzeichnet



# Zur Beachtung für unsere Abonnenten

In je drei geschmackvollen Bänden erhält der Arbeiter all das, was unsere großen Dichter und Denker an Unvergänglichem und Wertvollem geschaffen haben, und diese unerschöpfliche Quelle geistiger Erquickung, Erhebung und Bildung sollte in keiner Arbeiterwohnung fehlen. Was früher nur dem Besessenen zu erlangen möglich war, kann sich hier auch der Arbeiter erwerben. Und schon mit Rücksicht auf die heranwachsende Jugend sollte auf keinem Weihnachtstisch wenigstens eines der hier aufgeführten Werke fehlen. Dem Wunsch, billige Klassikerausgaben für die Arbeiter zu schaffen, ist unser Parteiverlag im Einverständnis mit dem Parteivorstand nachgekommen. Arbeiter, macht hiervon regen Gebrauch.

**Jedes Werk kostet 6 Mk. und ist einzeln zu haben**  
**Buchhandlung Volkswacht :: Paradiesgasse 32**

Bestellkarte  
 Unterzeichnet bestellt hiermit frei Haus bei  
 Goethes seines Reuters Werke  
 Name: \_\_\_\_\_  
 Wohnung: \_\_\_\_\_

# Walter & Fleck

empfehlen für das Weihnachtsfest sehr vorteilhafte

## Damen-Konfektion!!

<b>Blusen</b> aus Katt., Seide u. verschiedenen Wäschstoffarten, in neuen Formen	15 <sup>00</sup>	23 <sup>00</sup>	28 <sup>00</sup>
<b>Kleider</b> in Seide, Sammet u. Wäschstoffen, gut und moderne Verarbeitung	100 <sup>00</sup>	120 <sup>00</sup>	160 <sup>00</sup>
<b>Kostüm Röcke</b> in schwarz, marine u. modernen Farben, in Wolle und Seide	51 <sup>00</sup>	73 <sup>00</sup>	90 <sup>00</sup>

**Mantelkleider, Plüschmäntel, Kostüme, Astrachanmäntel, Jacken, Unterröcke, Morgenröcke**  
 in sehr großer Auswahl und allen Preislagen

**Bildungsvereinshaus**  
 Hintergasse 16, an d. Hundegasse

**Edinso-Olshus-Theater**

8 Uhr! Heute! 8 Uhr!  
**Sonnabend den 1. Dezember**  
 Das vollständig neue **Dezember-Programm.**  
 Morgen, Sonntag  
 3 1/2 Uhr 2 x 7 Uhr  
**2 Gr. Vorstellungen**  
 10 Neue Spezialitäten 10  
 und die Posse: 30 000 Mark.

**Ertmann & Perlewitz**  
 Holzmarkt 25/6 Danzig Holzmarkt 23

Manufaktur- u. Modewaren  
 Damen- und Herren-Konfektion  
 Wäsche-Ausstattungen

**C. Bungenstock**  
 Uhrmachermeister  
 Heiligegeistgasse Nr. 123

empfehlen sein grosses Lager in  
**Wand- und Taschenuhren**  
 Ketten, Armbändern, Ringen, Broschen, Ohrringen usw. in Gold, Silber und Doublet.  
 Preise billigst. **Trauringe.** Preise billigst.  
 Eigene Reparatur-Werkstätte im Hause.

### Konsum- und Spargenossenschaft für Danzig und Umgegend

elageträgere Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
**Bilanz vom 30. Juni 1917.**

Vermögen.		Schulden.	
A	S	A	S
Warenbestand	19122 42	Geschäftsguthaben der Mitglieder	24669 68
Kassenbestand	1519 88	Gesetzliche Rücklage	3815 —
Inventar	1 —	Besondere Rücklage	4200 —
Rücklage auf Kündigung	53185 50	Sicherheitsleistung des Lagerhalters	500 —
Rücklage in laufend. Rechnung	10686 97	Spar-Einlagen	19789 51
Sicherheitsleistung des Lagerhalters	500 —	Spar-Marken	73 30
Sicherheitsleistung an d. Genossenschaft	70 —	Lieferanten-Schulden	573 71
Beteiligung bei der Großverkaufs-gesellschaft	1904 70	Rückverpflichtungskonto	640 54
Beteiligung bei der Verlagsgesellschaft	414 05	Ueberschuss	7324 56
Schuldverschreibung der Großverkaufs-gesellschaft	500 —		
Kriegsanleihe	500 —		
Postspark-Konto	2457 05		
Versicherungs-Außenstände	56 35		
	61856 33		64896 33

Am Anfang des Geschäftsjahres betrug die Zahl der Mitglieder 1432  
 Eingetretene während des Geschäftsjahres 55  
 Insgesamt 1487  
 Ausgetreten durch Tod 8  
 Aufkündigung 53 45  
 Am Schluss des Geschäftsjahres 1425

Der Gesamtbestand der Haftsomme betrug am Anfang des Geschäftsjahres 42900 am Schluss des Geschäftsjahres 42750  
 Es hat demnach eine Verminderung stattgefunden um 150

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder verminderten sich von 27875 Mk auf 24669 Mk mithin um 3206 Mk

**Der Vorstand.**  
 Bruno Nitschke. Max Pfennig. W. Horstmann.

**Neue Welt-Kalender 1918**  
 erhältlich in der Buchhandlung **Volkswacht.**

**Drucksachen**  
 für Handel und Gewerbe sow. privaten Bedarf liefert in geschmackvoller, preiswerter Ausführung schnellstens in Fleck- und Notationsdruck

**Volkswacht**  
 Danzig  
 Paradiesgasse Nr. 32

Echt gefaltet garant. rein.  
**Schnupftabak**  
**Julius Gosda,** Rohstoffgroßhandlung und Schnupftabakfabrik  
 Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Priester-gasse 5. Fernspr. 24

**Trauer-Goldstein**  
 Hüte in reicher Auswahl  
 Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen

Julius Goldstein  
 Lowendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

**Moderne illustrierte Zeitschriften**  
 Der wahre Jakob 15 Pfennige  
 Inaend 55 Pfennige  
 Simplicität 45 Pfennige

**Buchhandlung Volkswacht**  
 Paradiesgasse